

Landesinfo Baden-Württemberg



Auf Einladung von Karin Binder (MdB Die Linke, aus Karlsruhe) besuchte im Oktober eine Gruppe aus Baden-Württemberg den Bundestag.

Die Linke in Gründung

**Der Rohbau
steht**

Seite 3

Fraktion Die Linke.

**Position
zur Gesund-
heitsreform**

Seite 8

Bundestagsdebatte

**Soldaten sind
keine Entwick-
lungshelfer**

Seite 10

Dienstleistungsrichtlinie

**EU-Binnenmarkt:
Chaos für alle?** s. 12

Kommunalpolitik

**Von Mannheim
bis Konstanz**

Seite 15

Die Linke im Land

**Berichte von
der Steuerungs-
gruppe**

Seite 23

Inhalt

■■■ Christine Buchholz und Lothar Bisky zur aktuellen Parteientwicklung	4
■■■ Bericht über die Regionalkonferenz von WASG und PDS in Mannheim	5
■■■ Aus der Agenda 2010 gelernt?	6
■■■ Gleichstellungspolitische Luftnummer	7
■■■ Die LINKE zur Gesundheitsreform	8
■■■ G8-Gipfel in Heiligendamm	9
■■■ Pflüger zum Programm der deutschen EU-Präsidentschaft	12
■■■ Jugend im Parlament	14
■■■ Freiburg: Bürgerentscheid für den Erhalt der städtischen Wohnungen	15
■■■ Stuttgart: Weihnachtsbeihilfe wird jetzt endlich gezahlt	16
■■■ Tübingen: „Der heilige Nikolaus war ein Keynesianer“	18
■■■ Konstanz: Breite Front gegen Nazis	19
■■■ Aus den Kreisverbänden	21
■■■ Finanzbericht Linkspartei.PDS	25

Die Weichen sind gestellt – die neue Linke kommt



Am Wochenende 18. und 19. November traf sich die WASG in Geseke zu einem ihrer entscheidenden Parteitage auf dem Weg zu einer neuen großen vereinten Linken.

Jetzt sind wir im Zwischenstadium nicht nur Partei, sondern auch ein eingetragener Verein, um den Weg zur Vereinigung gangbar zu machen. Die Linkspartei vollzog diesen Schritt eine Woche später auf ihrem Parteitag. Somit sind die rechtlichen Voraussetzungen für die geplante Parteineubildung geschaffen.

In der letzten Landesinfo-Ausgabe 2006 ist es üblich bzw. bietet es sich an, einen Jahresrückblick vorzunehmen. Aber wollen wir wirklich zurückschauen?

Wir Alle wissen, wie schwer das Zusammenfinden einst von PDS und WASG war, wir wissen, dass der gemeinsame Antritt zur Bundestagswahl 2005 nur ein kleiner Schritt, eine Art Zweckgemeinschaft „Augen zu und durch!“ darstellte. Die wahren Schwierigkeiten, Auseinandersetzungen, Positionierungen, Kleinkriege etc. fanden erst danach statt.

Der Parteitag im April in Ludwigsburg war kritisch für unsere neue Linke. Aber unsere Partei hielt zusammen auf dem Weg zu wichtigen Zielen, wir fanden eine gemeinsame klare Linie und haben es auch überstanden, dass Parteitagbeschlüsse von einzelnen Mitgliedern ignoriert wurden. Also, wozu ein Rückblick?

Schauen wir nach vorn, gehen wir auf das Jahr 2007 zu, gehen wir in das Gründungsjahr einer bedeutenden, wichtigen linken Partei in Deutschland. **Im Sommer nächsten Jahres gibt es unsere Partei!**

Endlich einen Interessenvertreter fernab des Neoliberalismus, einen Vertreter für die normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Ängsten und Sorgen, für die Menschen, die aus der Arbeits- und Erwerbswelt ausgeschlossen werden, für die Rentner, die ihren Lebensabend nicht ruhig verbringen können, für die Kinder und Jugendlichen, denen schon in jungen Jahren die Zukunftschancen durch Ausgrenzung geraubt werden, für die Kranken, die keine optimale Versorgung erhalten, aber auch weltweit für alle Menschen, die um ein friedliches Miteinander und soziale Gerechtigkeit bemüht sind.

Ich wünsche Euch allen, ein friedliches Weihnachtsfest und uns allen ein erfolgreiches neues Jahr 2007 mit unserer neuen Partei!

Euer Ulrich Maurer

Das nächste Landesinfo erscheint im Februar 2007.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 1/2007 ist der 30. Januar.

Wir freuen uns über jeden eingesandten Artikel, bitten aber darum, diese nicht länger werden zu lassen als ca. 5000 Zeichen. Fotos und Karikaturen sind sehr willkommen. Einsendungen bitte an die Landesgeschäftsstellen von Linkspartei.PDS oder WASG.

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegen Flyer der Fraktion Die Linke. bei.

Bezug

Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Linkspartei.PDS Baden-Württemberg. Es erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Diese Ausgabe erhalten auch die Mitglieder der WASG Baden-Württemberg kostenlos.

Impressum

Herausgeber und Verlag: Linke.PDS Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@linkspartei-bw.de

Redaktion

Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Mitteilungen, Protokolle und Adressen sind die Landesvorstände verantwortlich.

Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck

GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Einladung zum Landesparteitag der WASG

am Samstag, 27. Januar 2007 um 10.30 Uhr im DGB-Haus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20

Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Gründungsdokumente und die Ergebnisse der Steuerungsgruppen auf Bundes- und Landesebene

Franz Groll – Annette Groth – Bernd Merling – Bernd Riexinger

Einladung zur Landesmitgliederversammlung der Linkspartei.PDS

Samstag, 17. März 2007, 10.30 Uhr im DGB-Haus Karlsruhe, Ettlinger Straße 3A (Ort voraussichtlich)

Wahrscheinlich wird dies unsere letzte Landes-MV im Rahmen der „alten Partei“ PDS sein. Wir ziehen deshalb Bilanz und diskutieren die Perspektiven der neuen Partei. Ein besonderer Dank und Einladungswunsch geht aus diesem Anlass an diejenigen Mitglieder, die unseren Landesverband 1990 gegründet haben. Auf der Tagesordnung werden u.a. der bevorstehende Bundesparteitag in Dortmund, die Gründungsdokumente der neuen Partei sowie die Vereinbarungen zwischen Linkspartei und WASG in Baden-Württemberg stehen. Ein detaillierter Vorschlag zur Tagesordnung mit Zeitplan erfolgt im Januar.

Christoph Cornides, Elke Lison, Bernhard Strasdeit

Gründungsdokumente – jetzt in Antragsform

Mit der letzten Ausgabe des Landesinfo erhielten alle Mitglieder in Baden-Württemberg die Entwürfe für die Gründungsdokumente. Auf einer gemeinsamen Sitzung haben der Parteivorstand der Linkspartei.PDS und der Bundesvorstand der WASG am Sonntag, dem 10. Dezember, diese in den letzten Wochen diskutierten Entwürfe – in überarbeiteter Form – als Gründungsdokumente für die Partei DIE LINKE. beschlossen.

Diese Texte werden damit zu Leitträgen für die parallel tagenden Bundesparteitage von WASG und Linkspartei am 24. und 25. März in Dortmund:

- Die Programmatischen Eckpunkte, Entwurf des programmatischen Gründungsdokuments der Partei DIE LINKE.
- Die Bundessatzung der Partei DIE LINKE.
- Die Bundesfinanzordnung der Partei DIE LINKE.
- Die Schiedsordnung der Partei DIE LINKE.

Die Gründungsdokumente sind in der neuen Version abrufbar auf www.sozialisten.de oder den Landesseiten von WASG und Linkspartei in Baden-Württemberg. Auf Wunsch schicken die Landesgeschäftsstellen die Dokumente in Papierform zu.

Der Rohbau der Partei DIE LINKE. steht

Erklärung von Lothar Bisky vor der Presse im Berliner Karl-Liebknecht-Haus am 11. Dezember

Noch 187 Tage trennen uns vom Gründungsparteitag. Wir haben in den vergangenen Wochen hart gearbeitet, Linkspartei.PDS und WASG haben ihre Hausaufgaben gemacht.

Ich kann heute sagen, der Rohbau der Partei DIE LINKE. steht.

Gestern haben die Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG gemeinsam die Gründungsdokumente als Leitträge für den Dortmunder Parteitag beschlossen. Das war keine Zitterpartei, die programmatischen Eckpunkte, die Satzung, die Bundesfinanz- und die Bundesschiedsordnung werden – das kam gestern zum Ausdruck – von ei-

ner breiten Vorstandsmehrheit in beiden Parteien getragen.

Damit wurde ein wichtiger Schritt vollzogen und die Chance für eine gemeinsame starke linke Kraft in Deutschland eröffnet. Meinen Appell an die eigene Partei möchte ich an dieser Stelle noch einmal wiederholen: Vergeigen wir diese Chance nicht, sondern nutzen wir sie!

In den vergangenen Wochen waren die Gründungsdokumente in beiden Parteien auf Basis- und Regionalkonferenzen umfassend diskutiert worden. Über 200 Anträge und Wortmeldungen haben allein die Programmgruppe erreicht. Ein zentraler Punkt in der Debatte meiner Partei war dabei der „demokratische Sozialismus“, weil die Formulierung im Erfurter Beschluss vielen zu unbestimmt war. Wie Sie wissen, hatten Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und ich gemeinsam auch einen entsprechenden Antrag zur Präzisierung gestellt. Wenn Sie jetzt in die programmatischen Eckpunkte schauen haben wir gemeinsam eine neue Formulierung gefunden.

„Die Linkspartei.PDS bringt in Übereinstimmung damit ihr historisches



Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten ein – niedergelegt in ihrem Chemnitzer Parteiprogramm. Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere grundlegenden Wertorientierungen. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Die Ideen des demokratischen Sozialismus stellen zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung der politischen Ziele der Linken dar.“

Ich war heute Vormittag zur Eröffnung der Aktionswoche des DGB zur Gesundheitsreform. Schon der Begriff „Gesundheitsreform“ ist irreführend, denn es handelt sich nicht um eine Reform sondern um den Versuch der großen Koalition, das Gesundheitswesen ins künstliche Koma zu versetzen.

Mit den angestrebten Änderungen in der Gesundheitspolitik hat die Bundesregierung alle gegen sich aufgebracht: Ärzte, Patienten, Apotheker, Krankenkassen. Nur einer schweigt – die Pharmaindustrie. Werden die unsozialen Vorhaben der Bundesrepublik Praxis, dann werden vor allem chronisch Kranke und mehrfach erkrankte finanziell stärker belastet. Eine Sicherung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung findet nicht statt. Die Linke steht für eine umfassende gesundheitliche Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger. Wir halten an einer solidarischen Bürgerversicherung fest.

Die gestern auf unserer gemeinsamen Vorstandssitzung beschlossenen Papiere sind eine solide Grundlage für eine erkennbare Politik der neuen Linken. Die Bildung einer gesamtdeutschen Linken ist ja kein Selbstzweck.

Wir sind noch nicht am Ziel, aber auf einem guten Weg. Ich bin optimistisch, dass wir auch die nächste Wegstrecke schaffen.

Der nächste Parteitag schon unter einem gemeinsamen Dach

Christine Buchholz vom WASG-Vorstand auf dem außerordentlichen Parteitag der Linkspartei.PDS am 26. November 2006 in Berlin

Liebe Genossinnen und Genossen, ich überbringe Euch ganz herzliche Grüße vom Bundesvorstand der WASG und unserem Parteitag, der am letzten Wochenende mit großer Mehrheit den weiteren Weg des Parteibildungsprozesses beschlossen hat.

Da es bei uns immer nicht so sicher ist, wie das mit den Abstimmungen ausgeht, war ich sehr erleichtert, dass es eine ganz große Mehrheit gab, die

den Weg weitergehen will. Gerade weil wir es in den letzten Monaten geschafft haben, eine Praxis der Zusammenarbeit vor Ort zu etablieren. Das hat man an dem Klima und bei den Diskussionen auf dem Parteitag ganz deutlich gemerkt.

Ich möchte auf drei Punkte eingehen, die für die weitere Diskussion wichtig sind: Lothar hat gesagt – und da stimme ich ihm absolut zu –, dass die Zukunft des Projektes davon abhängt, ob wir es schaffen, die Linke im Westen aufzubauen. Das heißt nicht, dass der Osten unwichtig ist und wir keine weiteren Energien auf den Osten richten müssen. Aber wir haben ein riesiges Potential im Westen, was noch brachliegt. Man muss sehen, dass es auch weiterhin eine politische Konkurrenz mit der SPD gibt.

Ihr wisst, dass die SPD dieses Wochenende auf ihrer Programmkonferenz über den vorsorgenden Sozialstaat – wie sie es nennt – diskutiert. Das ist meines Erachtens eine Reaktion darauf, dass sie Konkurrenz von links bekommen hat und dass sie versucht sich zu profilieren. Aber die warmen Worte, die sie findet, stehen im Widerspruch zu ihrer Politik in der großen Koalition. Das heißt, wir müssen uns darüber klar sein, dass die Konkurrenz der SPD weiter besteht, und dass wir ein klares Profil als linke Alternative dagegen entwickeln müssen. Wir sind die linke Alternative, die Partei der Beschäftigten, die Partei der Behinderten und chronisch Kranken, die Partei der Erwerbslosen. Wir sind die Antikriegspartei, die die SPD schon lange nicht mehr ist und die Grünen auch nicht.

Wir müssen als Partnerin der Gewerkschaften unsere Kontakte weiterentwickeln. Ich weiß von unseren Kolleginnen und Kollegen der WASG, dass es weiterhin eine abwartende Haltung bei vielen Gewerkschaftskollegen gibt. Deswegen müssen wir durch unser Programm, aber auch durch unsere praktischen Schritte zeigen, dass wir der zukünftige Ansprechpartner der Gewerkschaften sein werden.

Ich weiß, dass die Diskussion um den demokratischen Sozialismus wichtig für Euch, aber auch wichtig für uns ist. Wir hatten eine sehr spannende Diskussion auf unserem Parteitag über diese Frage. Ich glaube, in der WASG hat sich schon viel verändert. Inzwischen ist fast jedes WASG-Mitglied, das sich zu Wort gemeldet hat, der Auffassung, dass der Kapitalismus nicht mehr das letzte Wort der Geschichte sein kann. Das ist viel, denn viele sind nicht von einem anti-kapitalistischen Standpunkt her zu uns gekommen. Aber es sind viele Fragen da. Diese müssen wir diskutieren. Man kann kein Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus verordnen. Es gibt viele Fragen, die mit der Vergangenheit

zusammenhängen. Es gibt Vorurteile, die die Leute haben, und auch ganz praktischen Fragen, die mit der aktuellen Politik zusammenhängen.

Ihr wisst, der WASG-Bundesparteitag hat einstimmig die Berliner Entscheidung zum Ladenschlussgesetz kritisiert. Die Frage von vielen Leuten ist: Was hat das mit dem demokratischen Sozialismus zu tun, wenn wir zum Vorreiter für eine Liberalisierung an einer Stelle werden, wo andere Bundesländer – z.B. Bayern – diesen Schritt noch nicht gegangen sind. Selbst die CSU ist diesen Schritt nicht gegangen. Wir wollen über die Politik unserer neuen Partei im Verhältnis zu unseren Zukunftsvisionen diskutieren. An dieser Stelle gibt es weiteren Diskussionsbedarf. Diese Diskussion wollen wir mit Euch führen. Da werden wir auch zu gemeinsamen Positionen kommen. Da bin ich sicher. Aber diese Diskussion kann man nicht abkürzen.

Gregor hat mir auf unserem Bundesparteitag aus dem Herzen gesprochen: Es ist wichtig, dass wir den Parteibildungsprozess im Zusammenhang mit der Programmdiskussion führen, aber wir dürfen uns maximal 20 Prozent unserer Zeit damit beschäftigen, uns nach innen zu wenden. Es gibt so viel außerhalb unserer eigenen Reihen was passiert: die Bundesregierung mit einem Angriff nach dem anderen, die Situation in der Welt. Wir müssen sehr viel mehr darüber diskutieren, wie wir gemeinsam eine Praxis entwickeln, die sich nach außen richtet.

Wir haben in den Vorständen von Linkspartei und WASG gemeinsam beschlossen, dass die Mobilisierung zum G8-Gipfel im nächsten Jahr das wichtigste Projekt neben dem Parteibildungsprozess für unsere beiden Parteien werden wird. Ich halte das für eine wichtige Entscheidung, weil auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm die Regierungschefs der reichsten Industrienationen und Russlands ihre Strategien für die Ausweitung neoliberaler und kriegerischer Politik auf dieser Welt diskutieren werden. Ich denke auch, dass wir darüber in beiden Parteien in jeder Gliederung – in der Lausitz, im Allgäu – diskutieren müssen, wie die Globalisierung zusammenhängt, mit dem, was Menschen als neoliberale Politik vor Ort erfahren, wie wir Strategien entwickeln können, die weit über die nationale Perspektive hinausgehen. So kommen wir dem Ziel näher einen wichtigen Beitrag zum Widerstand in diesem Land gegen die neoliberale Globalisierung zu leisten.

In diesem Sinne wünsche ich Euch einen guten Parteitag und weise Entscheidungen. Ich freue mich, dass wir den nächsten Parteitag schon unter einem gemeinsamen Dach abhalten werden. Danke!

Bericht über die Regionalkonferenz der WASG und Linkspartei in Mannheim

Die WASG und die Linkspartei von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg hatten am 11. November zu einer sehr gut besuchten gemeinsamen Konferenz eingeladen, in der 200 Mitglieder beider Parteien und Sympathisanten über die gemeinsamen Programmatischen Eckpunkte, den Satzungsentwurf für die neue, geeinte, linke Partei und die juristischen Aspekte der Partei-Neugründung diskutierten.

Gitta Süß-Slania, Landesvorsitzende von Verdi aus Mannheim, wies in ihrem Grußwort darauf hin, dass diese erste gemeinsame Konferenz einer neuen linken Bewegung auf historischem Boden stattfindet. Vor 100 Jahren wurde das „Mannheimer Abkommen“ geschlossen, in dem vereinbart wurde, dass die Gewerkschaften unabhängig von der Sozialdemokratischen Partei sind, dass man die Ziele aber miteinander besprechen will. Sie bedauerte, dass letzteres nicht mehr der Fall sei und sie wünsche sich von einer neuen linken Partei, dass sie wieder Politik für die Menschen macht und die Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer beendet wird. Die Politik müsse dafür sorgen, dass die Wirtschaft wieder den Menschen dient und nicht umgekehrt. Als Beispiel einer guten Zusammenarbeit nannte sie Gudrun Kuch, Stadträtin der Linken Liste in Mannheim, auf die man sich immer verlassen könne.

In der Begrüßungsansprache machte Franz Groll, einer der drei Sprecher der WASG in BW, darauf aufmerksam, dass mehr als 50 % der Bevölkerung davon überzeugt sind, dass die Probleme mit der neoliberalen Politik der etablierten Parteien nicht zu lösen seien. „Sie wollen von uns vor allem erfahren, mit welchen konkreten Maßnahmen wir die Überwindung der Arbeitslosigkeit, des Sozialabbaus und der ökologischen Probleme, die langfristige Sicherung der Altersversorgung, die Beendigung der Staatsverschuldung und die Sicherung des Friedens erreichen wollen“. Das müsse im Mittelpunkt des Programms stehen und da sei man auch auf einem guten Weg.

Klaus Ernst (WASG) und Wolfgang Gehrke (Linkspartei) betonten in ihren Eingangsreferaten, dass es sich bei den vorgelegten Programmatischen Eckpunkten nicht um das Grundsatzzprogramm handelt, das müsse nach der Gründung der Partei erst erarbeitet werden. Es handle sich viel mehr um ein Konsenspapier als Grundlage für den Einigungsprozess. Klaus Ernst wies mehrfach darauf hin, dass die im

entstehen begriffene Partei nicht nur eine Sammlung der verschiedenen linken Gruppierungen sein dürfe, sondern eine Bewegung aller sozial engagierten und globalisierungskritischen Organisationen, der Umweltschutzverbände und der Friedensbewegungen.

In der Debatte im Plenum wurden vor allem zwei Themen immer wieder angesprochen, die Bernd Riexinger, Sprecher der WASG BW, auf den Punkt brachte: „Erstens, wir müssen unsere Glaubwürdigkeit bewahren. Dazu müssen wir unsere Ziele gerade dann vertreten und umsetzen, wenn wir Regierungsverantwortung übernehmen. Dies ist in Berlin nicht der Fall. Zweitens: Bevor wir den Sozialismus als eines unserer Ziele erklären, müssen wir zuerst eine intensive Debatte führen, was wir darunter verstehen. Völlig unmöglich ist es jedenfalls, von Sozialismus zu sprechen und gleichzeitig Privatisierungen von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und kommunalen Wohnungen zuzustimmen.“

In vier Arbeitsgruppen wurde die Beratung fortgesetzt. Bei der Satzungsgruppe wurde vor allem beraten, ob die Trennung von Amt und Mandat der richtige Weg ist, um den bestmöglichen Einfluss der Mitglieder auf die Politik zu erreichen.

Für die Beratung der juristischen Fragen des Einigungsprozesses wurde der Rechtsanwalt Hans Decruppe aus

Köln eingeladen, der sehr kompetent die verschiedenen Aspekte der möglichen juristischen Einigungsverfahren erläuterte.

In den beiden Arbeitsgruppen zu den Programmatischen Eckpunkten wurden teilweise sehr konkrete Verbesserungsvorschläge gemacht. Bei der Thematik Internationales und EU wurde vor allem von Annette Groth, Landessprecherin der WASG in BW, die Abhängigkeit der nationalen Gesetzgebung von den Beschlüssen in der EU herausgestellt. Sie mahnte an, dass sich die neue Linke viel stärker mit der EU-Politik und Fragen der Welthandelsordnung beschäftigen müsse.

In der Schlussrede stellte Margot Gudd, Landesvorsitzende der Linkspartei von Rheinland-Pfalz, fest, dass der Einigungsprozess auf einem guten Weg ist. Sie verglich es mit dem Bau eines neuen Hauses, bei dem die neue linke Bewegung gerade dabei ist, die Fundamente zu gießen, wobei die Solidarität der Zement sei, mit dem die Steine zusammengefügt werden. Sie sprach die Hoffnung aus, dass sich beim Bau des neuen Hauses alle Strömungen, die sich für eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft einsetzen, Gewerkschaften, außerparlamentarische Bewegungen, christliche Organisationen und viele Einzelpersonen engagieren werden. *Franz Groll (Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand der WASG)*



Im gut gefüllten Großen Saal des DGB Hauses in Stuttgart lasen am Nikolaustag Stadträtin Ulrike Küstler, die Bundestagsabgeordneten Ulrich Maurer, Klaus Ernst und Gregor Gysi aus dem „Schwarzen Buch“ über die getätigten und geplanten „Schandtaten“ der großen Koalition. – 400 Menschen waren am Donnerstag, 7. Dezember 2006 in die Universität Freiburg gekommen, um auf Einladung der Linken Hochschulgruppe Gregor Gysi zu hören. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE sprach über den Irrsinn der neoliberalen Politik und die Notwendigkeit einer bundesweiten Linkspartei. (Bild Roland Hägele)

Aus der Agenda 2010 gelernt?

Neues Deutschland vom 7.12. : Bernd Rixinger im Gespräch mit Ines Wallrodt über die Herbst-Aktionen der Gewerkschaften

• Die Kundgebungen gegen Rente mit 67, Steuer- und Gesundheitsreform und Niedriglöhne im Oktober sollten der Auftakt sein für weitere Aktionen der Gewerkschaften. Was ist an diesem Herbst heißer als an vorigen?

Es ist ein Fortschritt, dass man jetzt in die Betriebe geht. Am 14.12. ist ein betrieblicher Informationstag geplant. Ende Januar, Anfang Februar sollen erste Kundgebungen während und um die Arbeitszeit stattfinden. Es ist bei deutschen Gewerkschaften durchaus nicht die Regel, politische Themen verbunden mit Arbeitsniederlegungen in die Betriebe zu tragen.

• Wodurch entfaltet das Druck?

Betriebliche Aktionen unterstützen!

Bei uns am Uniklinikum in Tübingen und bei der KBF in Mössingen fanden am 13.12. betriebliche Aktionen gegen „Rente mit 67“ statt. Arbeiten im Krankenhaus bis 67? Müssen sich die Patienten daran gewöhnen, von Pflegekräften mit „Gehwägele“ behandeln zu lassen? Im Januar wird es dazu Abstimmungen in den Betrieben geben. „Wenn wir uns jetzt nicht wehren, werden wir das einzige Volk in Europa sein, das bis 67 schaffen muss“, sagt dazu Sieghard Bender von der IG Metall in Esslingen. Die beiden großen Gewerkschaften ver.di und IG Metall organisieren derzeit betriebliche Protestaktionen gegen die Rentenpläne der Bundesregierung und gegen die Gesundheits-Deform. Das muss so laut werden, dass es bis in die Wahlkreisbüros der Abgeordneten und in die Glaskuppel des Bundestages in Berlin dringt. Auch die kommunalen MandatsträgerInnen müssen angesprochen werden, denn vor Ort werden wir die Folgen ausbaden müssen. Ende Januar sind weitere Aktionen geplant. In zahlreichen Städten Baden-Württembergs bilden sich Aktionskreise, um dem neuen Schub Sozialabbau etwas entgegenzusetzen. So in Cannstatt, wo sich eine Initiative „für soziale Gerechtigkeit“ gebildet hat. Unsere Kreisverbände und Basisorganisationen sind zwischenzeitlich mit Flyern zum Thema „Rente mit 67“ und anderen Materialien gut ausgestattet. Diese Infomaterialien sind geeignet dafür, an Betriebstoren und an Infoständen verteilt zu werden. Gerlinde Strasdeit, Stadträtin und Personalrätin in Tübingen

Politische Aktionen in den Betrieben entfalten immer Druck. Natürlich muss es danach weitergehen. Für den übernächsten Schritt – da wird es problematisch – gibt es meines Erachtens noch keine wirkliche Planung. Wir diskutieren hier einen Wechsel von betrieblichen Aktionen und öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen. Wir brauchen ja auch Bündnispartner wie soziale Gruppen, VdK, Kirchen.

• Die spielen aber bei den DGB-Plänen bis jetzt keine große Rolle.

Da gibt es einen unterschiedlichen Bewusstseinsstand. Im ver.di-Bezirk Stuttgart meinen wir, dass der betriebliche Aktionstag nicht das Ende sein kann, sondern die nächste Stufe folgen muss. Dass der 21. Oktober in erster Linie als Protesttag der Gewerkschaften gilt, reicht nicht. Man muss mehr Leute ins Boot nehmen, auch Rentner, Erwerbslose, Studenten.

• Was bringt es, wie geplant, jeden einzelnen Bundestagsabgeordneten anzusprechen?

Das ist mir zu zahm. Ich würde das eher wie der österreichische Gewerkschaftsbund machen: Wenn klar ist, wer wie stimmt, überall Bilder von den Abgeordneten aufhängen und draufschreiben: „Ja, auch ich habe für Rente mit 67 gestimmt“. Die müssen unter Druck kommen, denn sie wissen genau, was sie tun. Wer seit der Agenda 2010 unempfindlich

ist gegen Kritik, hat sich entschieden, auf dem neoliberalen Mainstream zu fahren. Davon geht nur ab, wer ernsthaft in Bedrängnis kommt.

• Und ist die Stimmung in den Betrieben danach?

Man muss daran schon noch arbeiten. Die Kritik an den Maßnahmen teilen alle. Die Leute fragen nur, was bringt es? Sie müssen überzeugt werden, dass sich einmischen etwas nützt. Es sagen auch viele, so wie in Frankreich müssten wir es machen ...

• Und warum tun sie es nicht?

Die Gewerkschaften müssen sich hierzulande zum politischen Streik erst vorwagen. Man darf nicht warten, bis das Gesetz kommt. Das muss einfach gemacht werden. Gemacht werden kann es aber nur dort, wo man auch nennenswerte Gruppen oder Belegschaften dazu bringt. Das ist kein Selbstgänger.

• Es fehlt also nicht – wie oft kritisiert – der Biss an der Spitze, sondern auch der Druck an der Basis?

Das bedingt sich gegenseitig. Eine entschlosseneren Führung würde auch Unentschlossene an der Basis bewegen. Die Basis muss aber lernen, dass die Entschlossenheit auch von ihr selbst ausgehen muss.

• Sind die Gewerkschaften entschlossen, die Vorhaben der Großen Koalition zu stoppen?

Es herrscht sicher noch keine klare Entschlossenheit, die Gesetze wegzukriegen – also so lange zu kämpfen, bis die Rente mit 67 vom Tisch ist. Dafür fehlt eben die Tradition in deutschen Gewerkschaften. Sieht man es positiv, sind wir aber auf der Schwelle zu dieser Haltung.

Mindeststandards für angemessenen Wohnraum festlegen

Deutscher Mieterbund (DMB) und Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) fordern Rechtssicherheit und Rechtsklarheit bei Unterkunftskosten und unterstützen die Forderung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag nach bundeseinheitlichen Mindeststandards bei den Kosten der Unterkunft für ALG II-Empfänger. Dazu sagt die kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion, Katrin Kunert am 20.11.:

Mieterbund und DGB haben in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Bundestag die Forderung der Fraktion DIE LINKE. nach bundesweiten Mindeststandards für angemessenen Wohnraum und Wohnkosten für die Bezieherin und Bezieher von Arbeitslosengeld II unterstützt.

Einen entsprechenden Antrag hat die Fraktion in den Bundestag eingebracht. Die Anhörung zeigte, dass Mindeststandards die Mieter schützt und die Kommunen vor unkalkulierbaren Folgekosten bewahrt. Zudem werden Zwangsumzüge von ALG II-Beziehenden verhindert. Das Entstehen neuer sozialer Brennpunkte kann ebenso vermieden werden.

Mit Mindeststandards wird der Streit um den Anteil des Bundes an der Finanzierung der Wohnkosten für ALG II-Beziehenden nicht auf deren Rücken ausgetragen. DIE LINKE fordert eine an den tatsächlich entstandenen Kosten orientierte Beteiligung des Bundes, was sowohl der Bund als auch alle anderen Fraktionen im Bundestag ablehnen. Sie wollen den Druck auf die Kommunen und somit auf die Betroffenen zur Reduzierung der Kosten der Unterkunft weiter erhöhen. Das ist unsoziale Politik.

Erste Betriebsrätekonferenz der Linksfraktion in Berlin

Müllerschön fordert Gesetz gegen Entlassungen

An der ersten Betriebsrätekonferenz der Linksfraktion im Bundestag beteiligten sich auf Einladung der drei baden-württembergischen MdBs Maurer, Binder und Hänsel auch über zehn Betriebsräte und Gewerkschafter aus dem Ländle. Teils mit Erstaunen nahmen die über 150 Betriebsräte und Gewerkschafter Bundestagsdrucksachen und Initiativen der Fraktion zur Kenntnis, die über die bürgerlichen Medien bisher nicht bekannt wurden. Zum Beispiel zu den Themen „Für das Recht auf Generalstreik“ (Drucksache 16/2681) Wiedereinführung des §116 AFG (Drucksache 16/856), „Praktika gesetzlich regeln“ (Drucksache 16/3349) und viele andere.

Doch auch umgekehrt von den Betriebsräten zu den Abgeordneten funktionierte der Informationsfluss. In den Diskussionen gab es viele Anregungen und Anforderungen an die Linksfraktion. So schlug zum Beispiel Johannes Müllerschön abgeleitet von seiner jahrelangen betrieblichen Praxis ein Gesetzentwurf vor gegen Entlassungen. Bei CNH (Case New Holland – Land- und Baumaschinenzweig des Fiat-Konzerns) wurden in den letzten fünf Jahren die Belegschaften weltweit von 35000 auf 25000 Beschäftigte reduziert. In Anspielung auf Oskar Lafontaines Begrüßung, in der sich der Fraktionsvorsitzende als Freund von kurzen und lesbaren Gesetzentwürfen outete, empfahl Müllerschön folgenden Gesetzestext:

1) Entlassungen sind bei positiver Unternehmensbilanz verboten.

Da er in 28-jähriger Betriebszugehörigkeit bei Fiat nicht nur positive Unternehmensbilanzen erlebt habe, meinte der Landmaschinenmechaniker und Betriebsratsvorsitzende Müllerschön brauche er einen zweiten Satz oder Paragrafen:

2) Bei negativer Unternehmensbilanz sind Entlassungen erst dann möglich, wenn alle Alternativen von Betriebsrat und Beschäftigten ernsthaft geprüft wurden.

Johannes Müllerschön, Sprecher der Linkspartei.PDS Heilbronn und Mitglied im Landesvorstand

Bundeshaushalt 2006: gleichstellungspolitische Luftnummer

22.11.2006; Karin Binder im Deutschen Bundestag: Der Haushalt der Bundesregierung ist aus gleichstellungspolitischer Sicht an Konzeptlosigkeit kaum zu überbieten. Das Elterngeld wird als großer gleichstellungspolitischer Wurf nach skandinavischem Vorbild gefeiert. In Wahrheit ist es eine Skandinavian-Light Version geworden. Denn in Deutschland mangelt es vor allem an Kinderganztagesbetreuung. Im Klartext heißt das: Frauen können häufig nicht in den Beruf zurückkehren. Damit ist die Hausfrauenfalle vorprogrammiert. Auch arbeitsmarktpolitische Programme zur Gleichstellung von Frauen und Männern sucht man vergeblich im Haushalt, so Karin Binder in ihrer Rede anlässlich der Haushaltsdebatte:



Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher!

Was sich bereits in der Planung der Familienministerin gezeigt hat, bestätigt sich nun im Haushalt: Gleichstellungspolitik kommt nicht vor. (*Christel Humme (SPD): Ach! Jetzt bin ich aber platt!*) Ohne ganztägige Kinderbetreuung keine Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ohne Erwerbstätigkeit und eigenes Einkommen keine Existenzsicherung, keine Chancengleichheit und keine Gleichstellung der Geschlechter. (*Zuruf von der CDU/CSU: Wie früher in der DDR!*) Zusammen mit dem Einzelplan 17 diskutieren wir heute über die Einführung eines Elterngeldes. Dies ist aus gleichstellungspolitischer Sicht lange überfällig. Das Elterngeld soll

insbesondere Frauen nach der Geburt eines Kindes finanzielle Unabhängigkeit und eine möglichst rasche Rückkehr in das Berufsleben gewährleisten. Zwei so genannte Vätermonate sind jedoch nur ein kleiner Beitrag. Es ist noch viel zu tun in Sachen gleiche Teilhabe an Familien- und Erwerbsarbeit für Männer und Frauen. (*Beifall bei der LINKEN*) Die Koalition feiert das Elterngeld als großen gleichstellungspolitischen Wurf nach skandinavischem Vorbild. Leider ist es eine Skandinavian-light-Version geworden; denn in Schweden gibt es im Gegensatz zu Deutschland ausreichend Kinderbetreuungsplätze. Wir fordern eine flächendeckende, ganztägige und beitragsfreie Kinderbetreuung, und zwar für Kinder von null bis 16 Jahren. (*Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU): Wer soll das bezahlen?*) Genau die Frage habe ich erwartet. (*Jochen-Konrad Fromme (CDU/CSU): Das ist ja schön! Dann kriegen wir jetzt eine Antwort!*) Gemäß einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von 2002 sie ist heute immer noch gültig führt eine flächendeckende Kinderbetreuung zu Mehreinnahmen, und zwar auch bei den Kommunen. Wenn Mütter leichter und schneller in ihren Beruf zurückkehren können, hat das positive Effekte für die Wirtschaft, für das Steueraufkommen und bedeutet Mehreinnahmen für die Sozialversicherungen. Zurück zum Elterngeld. Frau Ministerin, Sie wollen die finanzielle Achterbahnfahrt, die die Geburt eines Kindes für die Eltern mit sich bringt, bremsen. Für ein Drittel aller Familien – mein Kollege Jörn Wunderlich hat das bereits ausgeführt – beginnt aufgrund Ihrer Konzeption des Elterngeldes die finanzielle Talfahrt aber nun erst richtig. Deshalb ist das Konzept für uns nicht tragbar. (*Beifall bei der LINKEN*)

Nun zur Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt. Die Europäische Kommission fordert die Mitgliedstaaten seit langem auf, diese durch eigene Aktivitäten zu fördern. Ebenso verpflichtet uns der Art. 3 Abs. 2 unseres Grundgesetzes dazu. Doch im Haushalt sucht man vergebens nach entsprechenden Maßnahmen. Im Gegenteil: Die Bundesregierung hält sogar an Gesetzen fest, die sich nach ihrer eigenen Evaluation negativ auf Frauen auswirken. Sie verschärft sie sogar noch. Beispiel Hartz-Gesetze: Mit dem so genannten Fortentwicklungsgesetz entwickeln wir uns auf keinen Fall

fort. Frauen sind die Verliererinnen der derzeitigen Politik, insbesondere dieser Hartz-Reformen. Deshalb setzt sich die Linke für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung als Individualanspruch für Frauen und Männer ein. (*Beifall bei der LINKEN*) Durch die Hartz-Gesetzgebung wurde ein staatlich subventionierter Niedriglohnsektor geschaffen das bedeutet Kosten für den Staat mit einem hohen Anreiz für Unternehmen zur Schaffung weiterer prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Auch hier sind die Hauptbetroffenen Frauen. Dagegen hilft nur eines: die Einführung eines Existenz sichernden gesetzlichen Mindestlohns. Von der Einführung eines solchen Mindestlohns würden vor allem Frauen profitieren, weil mehr als zwei Drittel der Beschäftigten in den Niedriglohnbereichen weiblich sind. Dass dies zur weiteren Entlastung des Haushaltes beitragen könnte, brauche ich wohl nicht näher zu erläutern. Die einzige Maßnahme der Bundesregierung, Lohndiskriminierung von Frauen einzudämmen, erstreckt sich auf ein Faltblättle. Damit bekämpft man Lohndiskriminierung nicht. Gleichstellungspolitik ist eine staatliche Querschnittsaufgabe, die sich durch alle Politikfelder zieht und daher auch durch den gesamten Haushalt ziehen müsste. In diesem Haushalt kommt Gleichstellungspolitik jedoch so gut wie nicht vor. Ich bedanke mich. (*Beifall bei der LINKEN*)

NPD-Verbot: V-Leute abschalten anstatt Gerichtsgesetz ändern

Die SPD will das Verfassungsgerichtsgesetz ändern, um ein NPD-Verbot zu erleichtern. Dazu erklärt Petra Pau, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. und Mitglied im Innenausschuss:

Der SPD-Vorstoß ist abenteuerlich. Die Hürden für Parteiverbote liegen aus guten und historischen Gründen bewusst hoch. Wer sie für eine Lex NPD senkt, senkt sie generell.

Das erste Verbotverfahren gegen die NPD ist zudem nicht am Bundesverfassungsgericht gescheitert, sondern an der V-Leute-Praxis der Innenminister. An ihr hat sich bis heute nichts geändert.

Deshalb wäre es sinnvoller, die V-Leute in der NPD abzuschalten, um so ein reguläres Verbotverfahren überhaupt zu ermöglichen.

Die NPD ist eine verfassungswidrige Partei. Das weiß man aber auch ohne V-Leute. Sie sind nicht nur überfällig, sondern obendrein ein rechtliches Hemmnis.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE zur Gesundheitsreform

Die anstehende Gesundheitsreform ist unsozial und gefährdet Teile der gesundheitlichen Versorgung. Besonders chronisch Kranke und mehrfach Erkrankte werden finanziell stärker belastet. Eine Sicherung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung findet nicht statt, im Gegenteil.

Diese unsozialen Verschlechterungen für Versicherte und PatientInnen lehnen wir ab:

- Zusatzbeitrag (bis 7,2 Mrd. Euro), für den nur die Versicherten aufkommen müssen. Die Arbeitgeber werden von Kostensteigerungen ausgenommen.
- Einführung einer Kopfpauschale (beim „Zusatzbeitrag“), wodurch Ärmere stärker belastet werden als Besserverdienende
- „Teilkasko-Tarife“ für Junge und Gesunde, teure „Vollkasko-Tarife“ für Kranke. Durch diese unsolidarischen Wahl- und Sondertarife (Kostenerstattung, Selbstbehalt und Beitragsrückerstattung) fehlt den Kassen Geld für Behandlungskosten, dass allein von den Kranken aufgebracht werden muss.
- höhere Zuzahlungen für Krebskranke, die nicht zur entsprechenden Vorsorge gegangen sind
- Einführung eines Selbstverschuldungsprinzips als Dammbbruch: Zunächst zwar nur bei Folgekosten von Tätowierungen, Piercings oder Schönheitsoperationen wird so der Weg für zukünftige Leistungsausgrenzungen (wie z.B. bei Dickleibigkeit oder Freizeitunfällen) geebnet.
- hohe Beitragssteigerungen ab 2007 durch fehlende Strukturverbesserungen bei der Krankenkassen-Finanzierung.

Viele Krankenkassen, insbesondere die großen Versorgerkassen, werden in ihrer Existenz gefährdet. Funktionierende Versorgungsstrukturen können als Folge des Gesetzes zusammenbrechen. Das wollen wir nicht zulassen!

Die geplante Insolvenzfähigkeit und erzwungene Entschuldung zwingen insbesondere die AOK zu hohen Steigerungen des Beitragssatzes oder führen direkt in den Konkurs. Ärzte, Pflegestationen, Physiotherapeutinnen, Apotheken oder Krankenhäuser werden die Versicherten ggf. um Vorkasse bitten, wenn sie die Insolvenz ihrer Krankenkasse befürchten. Der in völlig unzureichender

Weise geplante krankheitsorientierte Risikostrukturausgleich wird die Situation derjenigen Krankenkassen weiter verschlechtern, die mehr chronisch Kranke oder mehrfach Erkrankte versichern. Einschränkungen des Service-Angebots und der freiwilligen Leistungen stellen für unterfinanzierte Kassen die einzige Lösung dar, da der Zusatzbeitrag gedeckelt ist. Domino-Effekte und Konkurse gesamter Versorgungseinheiten drohen bei Insolvenz auch nur einer Krankenkasse.

Erneute Sparauflagen von 500 Mio. Euro für die Krankenhäuser können insbesondere für kleinere kommunale Einrichtungen das Aus bedeuten und die wohnortnahe Versorgung gefährden.



Einschränkungen des Leistungsangebots und längere Wartezeiten für OPs sind schon angekündigt.

Die Einbeziehung der Privatversicherten in einen Sozialausgleich oder ein gemeinsames solidarisches Versicherungssystem wurden wieder nicht in Angriff genommen.

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag lehnt das unsoziale Gesundheitsreformpaket entschieden ab. Dagegen setzen wir zur Sicherung der Finanzierung der Krankenkassen und für eine umfassende gesundheitliche Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger unser Konzept einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung.

G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm/Rostock

Im Juni 2007 treffen sich in Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern die acht mächtigsten Regierungschefs der Welt, um im informellen Rahmen weitere Absprachen zur Durchsetzung weitreichender Liberalisierungsmaßnahmen und zur Kontrolle der Ressourcen und des politischen Einflusses zu treffen. Sie sind zwar nur gewählte Vertreter von 13% der Weltbevölkerung, treffen jedoch auf den G8-Gipfeln Entscheidungen, die das Leben von 6,5 Milliarden Menschen grundlegend beeinflussen.

Die Treffen dieses „Clubs der Reichen und Mächtigen“ finden seit 1975 einmal jährlich an wechselnden Orten statt. Seit dem Ende der Sowjetunion geht es bei diesen Gipfeln um die restlose Unterwerfung der Welt unter die Verwertungsinteressen des transnationalen Kapitals, ohne Rücksicht auf die Menschen.

Die Auswirkungen dieser Absprachen sind hier in Deutschland z.B. an der Privatisierungswelle, der Umstrukturierung der Bundeswehr zur Angriffsarmee oder auch an dem Versuch, Atomkraft als Energielieferant wieder salonfähig zu machen, zu sehen.

Das Thema Privatisierung z.B. zeigt deutlich, wie sich die Beschlüsse der G8 auf das Leben der Menschen auswirken. Alle öffentlichen Bereiche sollen dem Markt geöffnet werden. Dazu zählen Bildung, Nahverkehr, Gesundheit und vieles mehr. Die Kosten für die wirtschaftliche Krise sollen damit den Arbeitnehmern und Arbeitslosen aufgebürdet werden und gleichzeitig neue Anlagemöglichkeiten für private Unternehmen geschaffen werden.

So wurde im Jahr 2002 in Cochabamba in Bolivien die Wasserversorgung an einen französischen Konzern verkauft. Die Preise stiegen, die Qualität wurde schlechter. Die Einwohner wehrten sich jedoch erfolgreich dagegen und erzwangen die Rücknahme des Verkaufs. Auch der Freiburger Bürgerentscheid ist ein Beispiel für einen erfolgreichen Kampf gegen Privatisierung.

Auch direkt gegen die G8-Gipfel gab und gibt es unterschiedlich große Proteste. Und seit 2001 steht Genua als Synonym für Globalisierungskritik und Widerstand gegen G8.

Auch für 2007 sind Großaktionen geplant. Auf der Aktionskonferenz am 12./13. November in Rostock wurde der Ablauf der Protestaktionen festgelegt. Die wichtigsten Termine:

- 2. Juni Großdemo in Rostock
- 3.–5. Juni Aktionstage
- 5.–7. Juni Gegengipfel

- 7. Juni Sternmarsch Heiligendamm
- 7. Juni Konzert mit Herbert Grönemeyer u.a.

Es wird mit internationaler Beteiligung aus mindestens 10 Ländern gerechnet.

WASG und Linkspartei.PDS haben beschlossen, die Kampagne gegen den G8-Gipfel zur zentralen Kampagne des nächsten halben Jahres zu machen. Die Kampagne wird unter dem Motto „Menschen vor Profite“ stehen. Auf bundesweiten Kampagnentreffen am 22./23. September und am 1./2. Dezember wurden u.a. Konzepte für Mobilisierungsveranstaltungen erarbeitet, die im nächsten Frühjahr stattfinden sollen.

Gaby Bernreuther, WASG KV Breisgau-Hochschwarzwald

Lesehinweis zum G8-Gipfel

G8: Gipfel der Ungerechtigkeit, Christine Buchholz / Katja Kipping (Hrsg.). Wie acht Regierungen über 6.000.000.000 Menschen bestimmen, 176 Seiten (2006); Euro 11.80; ISBN 3-89965-200-2 VSA-Verlag. Mit Beiträgen von Elmar Altvater, Alex Callinicos, Hugo Chávez, Oskar Lafontaine, Chantal Mouffe, Peter Wahl u.a. sowie Heike Hänsel: „Krieg – der Terror der Reichen und Mächtigen“.

Die Autorinnen und Autoren liefern Argumente und Gegenentwürfe zur Herrschaft der Konzerne. Ein Muss für Gipfelgegner und ein Handbuch für Gipfelstürmer und all die, die neugierig sind auf die Debatten innerhalb der G8-Proteste. „Wir möchten alle Leserinnen und Leser einladen, dieses Buch zu benutzen. Die ‚geistigen Eigentumsrechte‘ für dieses Buch liegen bei Euch, bei der Bewegung für eine andere Globalisierung. Wenn das Buch im Bücherregal verstaubt, hat es sein Ziel nicht erreicht. Wenn es hilft, Gegenargumente zum TINA-Denken (There Is No Alternative) der Neoliberalen zu entwickeln, hat es sein Ziel erfüllt. Wenn das Buch hilft, Menschen zusammenzubringen, sich auf den G8-Gipfel vorzubereiten, zu informieren und zu mobilisieren, dann hat es sein Ziel erreicht. Wenn es hilft, aus der Mobilisierung heraus Bündnisse und Netzwerke zu schmieden, die auch nach den Gipfelprotesten 2007 für eine gerechte Welt streiten, dann hat es sein Ziel erfüllt. Es geht schließlich um viel bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Letztlich um nicht mehr und nicht weniger als darum, einen historischen Block zu schmieden, der hilft, neoliberale Hegemonien aufzubrechen, neuen Widerstand zu entwickeln und den Raum zu öffnen für Debatten über eine andere Welt.“ (Aus dem Vorwort der Herausgeberinnen)

Meet the Revolution

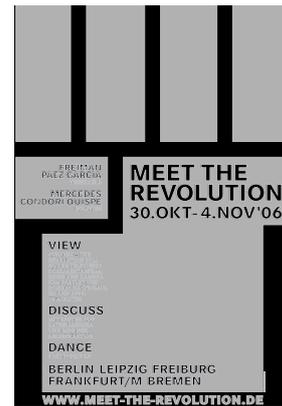
Organisiert von der Fraktion DIE LINKE., gastierte zwischen dem 30. Oktober und dem 4. November 2006 die Meet-the-Revolution-Tour in fünf deutschen Städten: In Berlin, Leipzig, Freiburg, Frankfurt/Main und Bremen berichteten der venezolanische Bauernführer Freimann Paez Garcias und die bolivianische Gewerkschafterin Mercedes Condori Quispe von Kämpfen und Siegen aus ihren jeweiligen Ländern und diskutierten über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der politischen Entwicklung in Deutschland und Südamerika. Der zu Beginn der Veranstaltung gezeigte Dokumentarfilm Chavez – The Revolution Will Not Be Televised, der vom Erfolg des venezolanischen Volkes über den Putschversuch der Unternehmerverbände gegen den gewählten Präsidenten Hugo Chavez im Jahr 2002 handelt, stimmte die Teilnehmenden auf die Diskussionen ein. Abgerundet wurden die Debatten mit den südamerikanischen Gästen, an denen auch zahlreiche Abgeordnete der Linksfraktion teilnahmen, von lateinamerikanischen Klängen, die zum Tanzen einluden.

Vielorts folgten mehr als hundert Interessierte, darunter viele Menschen, die bisher keinen Bezug zu linken Parteien hatten, der Einladung der Linksfraktion. Besonders in Freiburg,

wo ein breites Bündnis einen Volksentscheid gegen den Ausverkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaften initiiert hatte, beeindruckten Quispe und Garcia die überwiegend jungen Zuhörerinnen und Zuhörer, als sie von erfolgreichen Mobilisierungen und Streiks für die Verstaatlichung (nacionalización) der Erdöl- und Gasfelder erzählten. Sie ermunterten die Teilnehmenden, im Widerstand gegen drohende Privatisierungen nicht nachzulassen. „Wir haben in La Paz ein erfolgreiches Beispiel gegen die Privatisierung von Gas und Wasser gegeben, das auf das ganze Land ausstrahlte. So kann auch Freiburg zu einem Zeichen für ganz Deutschland werden, rief die in traditionelle Gewänder der indigina gekleidete Bolivianerin und erntete Beifall.

Aufgrund des großen Interesses wird das erstmals von der Fraktion DIE LINKE. realisierte Konzept 2007 zu einem anderen Thema wiederholt.

Ulrich Maurer (MdB)



Soldaten sind keine Entwicklungshelfer!

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., kritisiert in der Debatte um den Bundeshaushalt 2007 am 22.11. im Deutschen Bundestag die sogenannte zivil-militärische Zusammenarbeit und fordert stattdessen mehr Mittel für zivilen Friedensdienst und Vereinte Nationen:

Mitteilungen und Publikationen aus dem MdB-Büro von Heike Hänsel:

Berlinfahrt für junge Linke

Die Bundestagsabgeordneten können zwei Mal im Jahr 50 Leute zu einer politischen Bildungsfahrt nach Berlin einladen. Die Fahrt dauert vier Tage. Zur nächsten Fahrt vom 17. bis 20. April 2007 möchte Heike Hänsel speziell SchülerInnen, Studierende, Auszubildende und andere junge Menschen nach Berlin einladen. Die Teilnahme an der Fahrt ist kostenlos. Allerdings wird für die Eintritte in Museen eine Kostenbeteiligung in Höhe von 10 Euro erhoben. Da die Fahrt vom Bundespresseamt für die Wahlkreise organisiert wird, müssen leider die Fahrtkosten bis Tübingen, Stuttgart oder Mannheim selbst getragen werden. Wer Interesse hat möge sich bitte unter info@heike-haensel.de melden.

Wahlkreisinfo

Zur Eröffnung des neuen Wahlkreisbüros von Heike Hänsel in Tübingen ist die erste Ausgabe ihres Wahlinfos erschienen. Darin informiert Heike Hänsel u.a. über ihr Team in Tübingen, Freiburg und Berlin sowie die Schwerpunkte ihrer Arbeit im ersten Jahr Bundestag. Das Wahlkreisinfo gibt es unter www.heike-haensel.de oder über das Wahlkreisbüro in Tübingen.

Entwicklungspolitischer Rundbrief

Mittlerweile sind zehn Ausgaben des Entwicklungspolitischen Rundbriefs von Heike Hänsel erschienen. Die aktuelle Ausgabe hat die Schwerpunkte Finanzierung/Kreditierung von Großprojekten und zivil-militärischen Zusammenarbeit. Den Entwicklungspolitischen Rundbrief gibt es unter www.heike-haensel.de oder über das Wahlkreisbüro in Tübingen. Zum Kolumbien-Hearing ist ein Reader der Bundestagsfraktion erschienen.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Rahmen der Haushaltsdebatte ziehen wir heute auch Bilanz über ein Jahr große Koalition. Wie sieht es da in der Entwicklungspolitik aus? Mein bleibendster Eindruck ist – ich bin neu im Parlament –, dass wir im Entwicklungsausschuss sehr häufig über die Beteiligung an Militäreinsätzen als Beitrag zur Entwicklung abstimmen mussten. Vor ein paar Jahren wäre das noch undenkbar gewesen. Insofern hat die Enttabuisierung des Militärischen, wie es Gerhard Schröder formuliert hat, wirklich gegriffen. Sie ist vollzogen und wird von der großen Koalition konsequent weiter betrieben. Das neue Zauberwort dabei heißt „zivil-militärische Zusammenarbeit“.

Herr Struck hat sich heute Morgen über die Bemerkung von Gregor Gysi empört, deutsche Soldaten seien in Kriegseinsätzen. Er hat gesagt, das sei falsch, die Soldaten seien in Friedensmissionen und würden Aufbau- und Entwicklungshilfe leisten.

(Zuruf von der CDU/CSU: Richtig!)

Ich muss sagen: Das ist eine recht plumpe Manipulation der öffentlichen Meinung.

(Beifall bei der LINKEN – Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU): Unglaublich!)

Ich möchte den Satz wiederholen, den ich hier bereits vor einem Jahr gesagt habe: Soldaten sind keine Entwicklungshelfer.

(Beifall bei der LINKEN)

Das gilt nach wie vor. Was macht zum Beispiel das Kommando Spezial-

kräfte in Afghanistan? Wir sind nicht darüber informiert, was dort gemacht wird und ob diese Spezialtruppe zurzeit in Afghanistan ist oder nicht, und zwar deswegen, weil sie einen Kampfauftrag hat, weil sie im Kriegseinsatz ist und es zu gefährlich wäre, uns darüber zu informieren. Soldaten sind zuallererst dazu ausgebildet, Menschen zu töten.

(Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU): Das ist doch dummes Zeug! Unglaublich!)

Sie können auch getötet werden. Wer im Bundestag die Hand dafür hebt, Soldaten ins Ausland zu schicken, nimmt dies in Kauf.

(Beifall bei der LINKEN)

Dies muss man im Zusammenhang mit der Diskussion, ob deutsche Soldaten in den Süden Afghanistans gehen sollen oder nicht, klar sagen. Wer Ja zum Einsatz von Soldaten im Ausland sagt, kann sich nicht vor den Konsequenzen drücken, die das nach sich zieht. Genau deshalb halte ich die Vermischung von Militäreinsätzen mit Aufbau- und Entwicklungshilfe für fatal. Die Soldaten in Afghanistan sind in unseren Augen nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Deshalb fordern wir den sofortigen Abzug der Soldaten aus Afghanistan.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Land gehört noch immer zu einem der ärmsten der Erde. Es wurde berechnet, dass der Westen für diesen Militäreinsatz in den letzten Jahren insgesamt mehr als 82 Milliarden Euro ausgegeben hat, während für die zivile Entwicklung und für den Aufbau des Landes gerade einmal 7 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt wurden.

Die zivil-militärische Zusammenarbeit ist eine Illusion; denn das Zivile



Propagandafoto der Bundeswehr: Bundeswehrsoldat beim Brunnenbau in Afghanistan. (Quelle: <http://einsatz.bundeswehr.de>)

muss immer zu Gunsten des Militärischen zurückstecken.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Je mehr Geld man in den militärischen Bereich investiert, desto weniger bleibt für die zivile Entwicklung übrig. Das ist eine logische Folge. So können die Herzen der Menschen in Afghanistan nicht gewonnen werden, die ohne Strom, Wasser und Gesundheitsversorgung leben und keine Arbeit haben, aber tagtäglich gut ausgerüsteten und rundum versorgten Soldaten begegnen.

Deshalb haben wir uns für den Abzug der Soldaten aus Afghanistan eingesetzt. Die dadurch frei werdenden Haushaltsmittel wollen wir umwidmen und sie in den zivilen Aufbau des Landes investieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist die beste Form von Sicherheitspolitik, Herr Königshaus. Unser Antrag geht am weitesten; denn wir streben eine grundsätzlich andere Ausrichtung der deutschen Außenpolitik an. Frau Merkel hat heute Vormittag das Modell der zivil-militärischen Zusammenarbeit angesprochen. Die Militär-, die Außen-, die Wirtschafts- und die Entwicklungspolitik sollen das zukünftige Standardmodell für Auslandseinsätze darstellen. Auch Herr Steinmeier hat sich in letzter Zeit vermehrt dafür ausgesprochen. Im Grunde ist das aber nichts anderes als eine moderne Form von Militäreinsätzen bzw. eine Art Interventionismus light. Denn es handelt sich nach wie vor um Militäreinsätze, mit denen die deutschen Interessen verfolgt werden sollen. Im Weißbuch, in dem neuen strategischen Konzept der Bundeswehr, ist sogar die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen bzw. zu Energie insgesamt als vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland definiert.

(Dr. Christian Ruck (CDU/CSU): Wie lange sprechen Sie eigentlich noch?)

Die Entwicklungspolitik verkommt dabei in zunehmendem Maße zum strategischen Anhängsel der Sicherheitspolitik. Wir lehnen solche integrierten Militäreinsätze, die in Zukunft vermehrt im Rahmen der EU stattfinden sollen, ab. Stattdessen setzen wir uns dafür ein, eine aktive zivile Friedenspolitik zu betreiben, die mehr als nur Sicherheitspolitik ist.

(Beifall bei der LINKEN – Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU): Erzählen Sie das mal den vergewaltigten Frauen in Afrika!)

Zu diesem Zweck müssen in unseren Augen auch im Haushalt die richtigen Weichen gestellt werden, sowohl was die



Soldaten des Kommando Spezialkräfte (KSK) im Hochgebirge in Afghanistan warten auf Abholung durch einen US-Hubschrauber.

Ausweitung des zivilen Friedensdienstes angeht, als auch was die Finanzierung der UN-Organisationen betrifft, die sich um Entwicklung, humanitäre Hilfe und zivilen Aufbau bemühen. Dazu haben wir zahlreiche Anträge gestellt. Insofern muss ich sagen: Es ist für mich politisch nicht nachvollziehbar, warum die im Haushalt 2007 ursprünglich vorgesehene Erhöhung der Beiträge, die an die Vereinten Nationen und an den Global Fund gezahlt werden sollten, von den Haushaltspolitikern zurückgenommen wurde.

(Beifall bei der LINKEN)

Als ich vor kurzem gemeinsam mit einer Delegation die Vereinten Nationen besucht habe, wurden wir überall gefragt, warum Deutschland im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft nur so geringe Beiträge an die Vereinten Nationen zahlt. Es gibt zum Beispiel einen neu eingerichteten Nothilfefonds, an dem sich 60 Länder, darunter viele Entwicklungsländer, beteiligen. Deutschland zahlt in diesen Fonds keinen einzigen Cent. Das ist ein Skandal. Meiner Meinung nach wäre es viel besser, wenn Deutschland seine internationale Verantwortung im zivilen Bereich wahrnehmen würde, statt Soldaten in alle Welt zu schicken. Genau das fordern wir auch ein.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Mittel des Einzelplans 23 und angesichts der steigenden ODA-Quote möchte ich darauf hinweisen – auch das habe ich bereits mehrfach kritisiert –, dass die Entschuldung bei der Berechnung der ODA-Quote nach wie vor angerechnet wird. Das ist nicht zulässig. Die OECD hat berechnet, dass die ODA-Quote deutlich niedriger wäre, wenn die Entschuldung nicht angerechnet würde. Dieses Vorgehen ist nicht legitim. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel

im Verteidigungshaushalt umgeschichtet werden und mehr Geld für die Entwicklungspolitik zur Verfügung gestellt wird. Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten. Wir haben dazu viele Vorschläge erarbeitet. Aber es ist nicht legitim, die Entschuldung bei der Berechnung der ODA-Quote anzurechnen.

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf die auch in den heutigen Debatten mehrfach erwähnte G-8-Präsidentschaft und auf die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands eingehen. Im Etat des Einzelplans 23 wurden mehr als 4 Millionen Euro für Konferenzen und Kongresse angesetzt. In meinen Augen wäre es die beste entwicklungs- und friedenspolitische Initiative, dieses Geld für Kongresse zu streichen und es umzuwidmen für die Erreichung der Millenniumsziele, für die Bekämpfung von Armut und Hunger und den Klimaschutz. Den G 8-Gipfel können wir uns sparen.

(Beifall bei der LINKEN)

Er ist nur die Zusammenkunft der reichen und mächtigen Staaten, die ohne jegliche Legitimation weit reichende Entscheidungen bezüglich Weltwirtschaft und neuer Militäreinsätze treffen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss. – Wir brauchen ernsthafte Initiativen für weltweite Abrüstung und einen umfassenden Klimaschutz. Dafür haben wir viele Vorschläge gemacht. Viele Menschen vernetzen sich weltweit in diesem Zusammenhang. Ich sage Ihnen: Viele Menschen werden nächstes Jahr beim G 8-Gipfel dafür auf die Straße gehen. Wir werden dabei sein. Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Vollendung des Binnenmarkts: Chaos für alle?

Am 15.11. hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit die umstrittene Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet. Gegen den ersten Entwurf der EU-Richtlinie, der eine weitgehende Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen innerhalb der EU und als Kernstück das sogenannte „Herkunftslandprinzip“ vorsah, sind Gewerkschaften, Globalisierungskritiker und die Linken Sturm gelaufen, weil sie Lohndumping und Außerkraftsetzung arbeitsrechtlicher Standards befürchteten.

Nach den großen Protesten einigte sich das Europaparlament auf einen Kompromissvorschlag, in dem das Herkunftslandprinzip gestrichen und durch das Prinzip „freier Dienstleistungsverkehr“ ersetzt wurde. Die Kritiker wurden damit weitgehend befriedigt, die Richtlinie verschwand aus der öffentlichen Wahrnehmung. Im Juli veröffentlichte der Rat seinen „Gemeinsamen Standpunkt“ über die Dienstleistungen, der dem ursprünglichen Bolkestein-Vorschlag sehr nahe kommt. Diesen Text hat das EU-Parlament jetzt verabschiedet.

Entgegen dem Kompromissvorschlag vom Februar fallen jetzt weite Bereiche der Daseinsvorsorge wie Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft, Gesundheit, Bildung und Sozialdienstleistungen in

den Anwendungsbereich der Richtlinie. Im Gesundheitssektor sind lediglich Gesundheitsdienstleistungen, „die von reglementierten Gesundheitsberufen“ erbracht werden, von der Richtlinie ausgenommen. Nationale Bildungssysteme, wenn diese „noch überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert“ werden, unterliegen nicht den Bestimmungen der Richtlinie. Dies gilt aber nicht für überwiegend privat finanzierte Bildungseinrichtungen im Hochschulsektor, in der beruflichen Bildung und der Weiterbildung. Die Einführung von Studiengebühren könnte bedeuten, dass der Europäische Gerichtshof die Hochschulen als „privat“ katalogisiert, wodurch sie auch von der Richtlinie erfasst wären.

Arbeitsrecht und Tarifverträge sind nicht von der Richtlinie ausgenommen. Die Mitgliedstaaten müssen künftig darlegen, dass ihre Bestimmungen über Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen „nicht diskriminierend, notwendig und verhältnismäßig sind“.

Eine wirksame Wirtschaftsaufsicht und insbesondere eine Kontrolle von unlauterem Wettbewerb und offenem Betrug wird in den Art. 33 ff stark erschwert. Dies würde insbesondere Verstöße gegen Scheinselbständigkeit oder gegen verbürgte Arbeitnehmerrechte

betreffen. Die IG Bau, die in der Vergangenheit die Dienstleistungsrichtlinie schon heftig bekämpft hat, kritisiert, dass das umstrittene Herkunftslandprinzip im Strafrecht wieder eingeführt wurde. So würde zwar für ausländische Unternehmer grundsätzlich das deutsche Strafrecht gelten, aber davon sind „ausgerechnet alle Gesetze, die speziell mit einer Dienstleistung zu tun haben“, ausgenommen. Damit sei „kriminelle Berufsausübung kaum noch verfolgbar“.

Aufgrund der zahlreichen ungenauen Definitionen über Dienstleistungen, die von der Richtlinie betroffen sind, bleibt große Rechtsunsicherheit. Letztendlich wird der Europäische Gerichtshof entscheiden, welche Dienstleistung unter die Richtlinie fällt und welche nicht.

Etliche Zeitungskommentare lobten die Verabschiedung der Richtlinie mit Hinweis auf die gewonnene Dienstleistungsfreiheit in Europa, wodurch 100 000 Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden könnten. Schließlich könne jetzt jeder Malermeister seine Tätigkeit ins europäische Ausland ausdehnen. Diese wunderbare Arbeitsplatzvermehrung wird ein Traum bleiben, einzig die Anwaltskanzleien könnten von der Richtlinie profitieren.

Annette Groth, November 2006

Tobias Pfüger, MdEP

Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Vom ersten Januar 2007 an wird Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Das bedeutet, dass die ganze Regierungspolitik auf die EU ausgerichtet wird. Ein halbes Jahr lang wird die Bundesregierung dann ganz wesentlich die Agenda der EU bestimmen. Gestern hat Kanzlerin Merkel in einer Regierungserklärung die Prioritäten dazu vor dem Deutschen Bundestag erläutert. Schwerpunkte u.a. Energie und EU-Verfassungsvertrag. Aussagekräftiger ist das offizielle deutsche EU-Ratspräsidentschaftsprogramm. Dort finden sich Satzkombinationen wie diese: „Der Vorsitz strebt ferner weitere Schritte der militärischen Zusammenarbeit in der langfristigen Perspektive einer gemeinsamen europäischen Verteidigung an. Europas Wohlstand und politisches Gewicht in der Welt fußen entscheidend auf den Erfolgen europäischer Unternehmen auf den Weltmärkten.“ Tatsächlich ist ein



Am Montag, den 13. 11.2006, zwei Tage vor der Abstimmung über Bolkestein im EU-Parlament, hatten wir im übervollen kleinen Saal im DGB-Haus in Stuttgart einen interessanten Informationsabend mit Sahra Wagenknecht zu Bolkestein und anderen wichtigen Positionen der Linksfraktion im EU Parlament sowie auch kritischer Worte von Sahra zu der Regierungsbeteiligung in Berlin! Das Stuttgarter Wochenblatt brachte einen großen Bericht über Sahra: nachzulesen unter www.linkspartei-stuttgart.de. (Bild: Roland Hägele)

zentraler Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft die Militarisierung Europas noch weiter zu beschleunigen. Die Gebiete, in denen die Europäische Union im Rahmen ihrer Außen- und „Sicherheitspolitik“ auch militärisch besonders aktiv werden will, sind konkret benannt: Balkan, Zentralasien, Irak, Afghanistan, Sudan, Somalia und Kongo.

Die Fähigkeit der EU zu Militärinterventionen soll gestärkt werden. Dazu will man die Aufrüstungsfahrpläne, genannt Streitkräfteplanziel 2010 und Ziviles Planziel 2008 umsetzen. Zusätzlich wird ab dem 1. Januar 2007 die erste der 19 EU-Battle-Groups (deutsch-niederländisch-finnisch) aufgestellt und „für Einsätze in Krisengebieten zur Verfügung stehen“. Die Politikberatungsfirma dimap communications, die für viele große Firmen arbeitet, kommentiert dies so: „Einige zynische Beobachter erwarten, dass ein solches Instrument dazu führen wird, eine Krise zu finden, um die Truppen zum Einsatz zu bringen. Gerade deswegen wird es eine heikle politische Entscheidung, die Battle Groups während der deutschen Präsidentschaft einzusetzen.“

Die „autonome Handlungsfähigkeit“ der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ soll verbessert werden.“ Weiter wird der Kern eines EU-Generalstabs ab 2007 in Dienst gestellt, im orwellischen Neusprech „Zivil-Militärische Zelle“ genannt. Die Bundesregierung will, dass „die strategische Partnerschaft zwischen EU und NATO durch die Intensivierung des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit in den Bereichen Einsatz und Fähigkeitenentwicklung ausgebaut werden.“

Zentrales Projekt ist, den EU-Verfassungsvertrag durchzusetzen. Dieser, so die Bundesregierung, sehe „die notwendigen inneren Reformen vor, um die Zukunftsfähigkeit der größer gewordenen Europäischen Union zu gewährleisten.“ Ob Angela Merkel damit die in die EU-Verfassung einbeschriebene Pflicht der Mitgliedsstaaten zur Aufrüstung oder die neoliberale Festlegung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der EU auf eine „offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ meint, bleibt unklar.

Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft findet im Juni der Gipfel der 8 größten Industriestaaten (G 8) in Heiligendamm bei Rostock statt. Viele soziale Bewegungen mobilisieren zu Gegenveranstaltungen. Am 2. März treffen sich die EU-Militärminister in Wiesbaden und am 9. und 10. Februar sind die wichtigsten Regierungsakteure in München bei der „Sicherheitskonferenz“. Ich werde die EU-Ratspräsidentschaft in einem extra Web-Blog auf meiner Homepage www.tobias-pflueger.de begleiten.

Holt die Soldaten zurück! Stoppt die Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier e.V. und der DFG-VK Baden-Württemberg hat die Informationsstelle Militarisation (IMI) eine Kampagne zur Beendigung der deutschen Auslandseinsätze gestartet:

Die Bundeswehr wird in immer neue Einsätze geschickt: Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Kongo, Libanon etc., im Rahmen der NATO, der EU, der UN oder von ad hoc Koalitionen. Der ehemalige Verteidigungsminister Struck sagte, die deutsche Sicherheit werde am Hindukusch verteidigt, in Afghanistan kämpf(t)en deutsche Soldaten an vorderster Kriegsfront mit. Offiziell dienen die Auslandseinsätze humanitären Zielen oder „unserer“ Sicherheit. Ist das wirklich so? Im neuen Weißbuch der Bundeswehr steht, dass ein „ungehinderter Warenaustausch“ und „Rohstoffzufuhr“ auch militärisch gesichert werden sollen. Immer neue Bundeswehreinätze schaffen keine Sicherheit, im Gegenteil, die Unsicherheit wird erhöht. Der BND-Chef Uhrlau sagt sogar: „Deutschland rückte und rückt aufgrund seines markanten außen- und sicherheitspolitischen Profils



verstärkt ins Zielspektrum terroristischer Anschläge.“ Die Auslandseinsätze bedeuten eine Militarisierung der Außenpolitik mit Rückwirkungen auf die Innenpolitik. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern wird diskutiert und immer wahrscheinlicher. Ausgaben für Auslandseinsätze steigen. Soldatinnen und Soldaten werden immer mehr beansprucht, viele sind von Erlebnissen während der Auslandseinsätze traumatisiert – Soldatinnen und Soldaten werden getötet und müssen u.U. selbst töten. Zivile Akteure, selbst Hilfsorganisationen, werden immer stärker in militärische Planungen vor Ort eingebunden, und damit vermehrt selbst zum Ziel.

Wir sind der Meinung: Es reicht! Stoppt endlich die Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Wir fordern: – Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr! – Strikte Einhaltung des völkerrechtlichen Gewaltverbots! – Keine Zivilmilitärische Zusammenarbeit – gegen eine Militarisierung ziviler Akteure! – Keine Bundeswehreinätze im Inland! – Abrüstung statt Sozialabbau! Armutsbekämpfung statt Bekämpfung der Armen! – Zivile Konfliktbearbeitung statt weltweite Militarisation!

Eine Unterschriftenliste zum Ausdrucken findet sich bei www.imi-online.de/download/Kampagnentext.pdf



Tobias Pflüger beim Besuch des Gefechtsübungszentrums Altmark bei Magdeburg. Eine Broschüre, herausgegeben von der Europafraktion der Linken informiert über die gesamte Rundreise zu ausgewählten Bundeswehrstandorten unter anderem auch nach Ulm, Müllheim und Calw. Sie ist erhältlich über das Abgeordnetenbüro in Tübingen.

Studentenvernetzung in WASG, Linkspartei und solid

Am 10. Dezember fand in Karlsruhe ein Vernetzungstreffen der baden-württembergischen Hochschulgruppen statt. Hier wurden erste Absprachen für eine gemeinsame landesweite Arbeit getroffen. Ziel ist es, in den wichtigsten Hochschulen des Landes mit eigenen Gruppen und Aktionen in Erscheinung zu treten. In den Hochschulgruppen organisieren sich parteilose und parteiliche Studierende, sowie studierende Mitglieder des Jugendverbandes. Vom 5. bis 7. Februar kommt auf Einladung der Linken Hochschulgruppen Nele Hirsch (MdB, Die Linke) nach Baden-Württemberg. An den Unis in Freiburg, Heidelberg und Tübingen sind Infoveranstaltungen vorgesehen.

Die Campus-Linke unterstützt Gebühren-Boycott

In Baden-Württemberg sind ab dem Sommersemester 2007 Studiengebühren zu zahlen. An verschiedenen Unis gab und gibt es Protest dagegen; aktuell laufen Boykott-Aktionen.

Um bundesweit für einen freien Zugang zu Bildung zu streiten und Studiengebühren als Teil des sozialen Kahlschlags zu bekämpfen, bereiten StudentInnen beider Parteien die Gründung eines Hochschulverbandes vor.

Schon im Januar findet der bundesweite Hochschulkongress „Get up, stand up!“ in Frankfurt statt. Neben Podien mit Oskar Lafontaine, Katja Kipping, Frank Deppe u.a. finden Workshops zum neoliberalen Umbau der Hochschulen und dem G8-Gipfel statt. Infos und eine Mitfahrborse gibt es unter www.getup-standup-kongress.de.

**Interesse am Hochschulverband?
Ruf an: Dirk, 0160 7942195**

Hochschulkongress für eine neue Linke

19.–21. Januar; Uni Frankfurt/Main, Campus Bockenheim, Hörsaalgebäude



Jugend im Parlament

Vom 15. bis zum 17. Oktober 2006 fand in Berlin im Deutschen Bundestag das Planspiel „Jugend und Parlament“ statt. Hieran nehmen jedes Jahr mehr als 600 Jugendliche teil. Mit in Berlin war auf Einladung von Karin Binder u.a. auch Anne Speck aus Ettlingen. Für das Landesinfo hat sie einen kleinen Bericht geschrieben.

„Die großen Glastüren öffnen automatisch und ermöglichen es einem, zügigen Schrittes zum Plenarsaal zu gelangen. Zugegeben, es ist alles andere als ein ungutes Gefühl, dort unten, quasi im „Machtzentrum“ der deutschen Politik, zu sitzen und unter der strengen Beobachtung durch die zahlreichen Medienvertreter Politik zu betreiben. Sogar die Augen der neugierigen Besucher, die von der riesigen Kuppel aus einen Blick in den Plenarsaal werfen, sind in diesen Tagen auf uns gerichtet: Als eine von 308 Jugendlichen aus ganz Deutschland hatte ich – dank der Einladung von Karin Binder – die Möglichkeit, am alljährlich stattfindenden Planspiel „Jugend und Parlament“ teilzunehmen und für vier Tage in die Rolle einer Abgeordneten einzutauchen. Als fünfunddreißigjährige, verheiratete Historikerin aus München landete ich per Zufall in der Fraktion der Arbeiterpartei Deutschlands (APD).

Es war für mich interessant, einmal von einem mir im Alltag eher fremden Standpunkt aus zu argumentieren und die Parteimeinungen entgegen meiner eigenen Anschauung nach außen zu vertreten. In verschiedenen Ausschüssen, Arbeitsgruppen und natürlich in den einzelnen Fraktionen wurden spannende, teils sehr hitzige Debatten geführt; es wurde gestritten und gescholten wie bei den „Großen“. Und am Ende stand immer die Erkenntnis: Es muss ein Kompromiss her. Es war sehr reizvoll zu beobachten, wie viele unterschiedliche Meinungen sogar innerhalb einer Fraktion aufeinanderprallen und wie schwierig es doch mitunter ist, einen Konsens zu finden um dann als starke Einheit mit einer gemeinsamen Linie in die Ausschussarbeit einzusteigen. Hier galt es für meine Fraktion, vor allem mit den Konservativen, unserem Koalitionspartner, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Ich hätte mir im Vorfeld vermutlich nicht träumen lassen, jemals mit dieser Fraktion zusammen zu arbeiten, folglich war diese Erfahrung für mich sehr amüsant. Die abschließenden Debatten und Abstimmungen im Plenum waren nur noch Formsache, was die enorme Wichtigkeit der Ausschüsse verdeutlichte. Überhaupt konnte das Hauptziel des

Planspiels – den Gesetzgebungsprozess erfahrbar und verständlich zu machen – definitiv erreicht werden.

Darüber hinaus hatte ich die Möglichkeit, unglaublich viele interessante Jugendliche kennen zu lernen und mit ihnen zu diskutieren. Es war einfach toll, so viele Gleichgesinnte, politisch aktive und engagierte Menschen zu treffen und zahlreiche Erfahrungen mit ihnen auszutauschen. So kam es, dass die politischen Debatten nicht nur im Reichstag selbst stattfanden, sondern darüber hinaus häufig bis in die frühen Morgenstunden weitergeführt wurden.

Die gesamte Organisation und das Rahmenprogramm waren phantastisch, und wir konnten beispielsweise bei einer Stadtrundfahrt Berlin kennen lernen. Außerdem nahm sich Karin Binder bei unserem Treffen in ihrem Büro sehr viel Zeit für mich, beantwortete meine Fragen und zeigte großes Interesse für das Planspiel. Abschließend bleibt mir zu sagen, dass „Jugend und Parlament“ für mich wunderbare Erfahrungen mit sich brachte, von denen ich mit Sicherheit noch lange profitieren werde. Ich konnte mein Verständnis für die Politik erweitern, interessante Kontakte zu anderen Jugendlichen knüpfen, mein Fachwissen bezüglich der in den Ausschüssen behandelten Themen erweitern, einiges an Polit-Prominenz treffen und, nicht zu vergessen, den Reichstag durch einen gesonderten Eingang betreten, verfolgt von den neidischen Blicken der wartenden Besucher...“

Unangenehmer Zwischenfall

Am Rande des Planspiels kam es aber leider auch zu einem sehr unerfreulichen Vorfall durch den Sicherheitsdienst des Deutschen Bundestags. Dieser hatte Jugendlichen mit T-Shirts, die mit dem Symbol des durchgestrichenen Hakenkreuzes, ihren Widerstand gegen Rassismus und Extremismus ausdrücken wollten, den Zugang zum Bundestag verweigert.

Die meisten Jugendlichen und auch die Linksfraktion reagierten mit äußerstem Unverständnis auf den Vorfall mit dem Sicherheitsdienst des Bundestags. Dieser wollte offensichtlich in vorausseilendem Gehorsam das jüngste Urteil des Landgerichtes in Stuttgart gegen den „Nix-Gut-Versand“ umsetzen. Deplaziert scheint das Vorgehen zum einen, weil das Urteil auf umfangreichen politischen Protest aus nahezu allen Parteien gestoßen ist und zum anderen weil es in dieser Sache mit Sicherheit eine Berufungsverhandlung geben wird, ein endgültiges Urteil also noch nicht vorliegt. Dass eine solche Maßnahme gerade in einer Woche durchgeführt wird, in

der die Bundesregierung und auch das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz abermals einen Anstieg rechter Gewalt vermelden müssen und mehr und mehr Rechtsradikale als Abgeordneten und deren Mitarbeiter in Parlamente einziehen, macht einen besonders betroffenen.

Die Intervention des Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse, während des Planspiels, gegen eine Aussprache zu diesem Vorfall im Plenum der Jugendlichen ist ebenfalls kaum nachzuvollziehen. Was wäre lehrhafter gewesen als eine

konkrete Nutzung aller Möglichkeiten der Demokratie um auf Missstände und Probleme hinzuweisen und diese mit Jugendlichen aus allen demokratischen Parteien offen zu diskutieren.

Wichtig wäre es gewesen die Jugendlichen in ihrer Ablehnung gegenüber dem Faschismus und Neonazismus zu bestätigen, ihnen in den Schulen, Institutionen und vor Ort den Rücken zu stärken, sowie endlich aufzuhören, die Menschen zu kriminalisieren, die den Mut haben auch öffentlich ihre Ablehnung gegen die rassistische Gewalt von

Rechts auszudrücken. – Die Linksfraktion hat diesen Vorfall beim Ältestenrat des Bundestags zur Sprache gebracht und wollte damit darauf hinwirken, dass es zu ähnlichen Vorfällen, seitens des Bundestags-Sicherheitsdienstes, bei künftigen Planspielen nicht mehr kommen kann.

Grundsätzlich lehnt die Linke das Urteil gegen den Nix-Gut-Versand und die Kriminalisierung antifaschistischer Symbolik ab und unterstützt antirassistisches und antifaschistisches Engagement von Jugendlichen ausdrücklich.

Freiburg ist überall!

In Freiburg haben am 12. November 2006 41.579 Menschen (70,9%) gegen den Verkauf der städtischen Wohnungen gestimmt und diesen damit verhindert.

Das nötige Quorum von 38.000 Stimmen wurde damit übertroffen und die Stadt darf nun für drei Jahre keine Wohnungen verkaufen. Im am meisten betroffenen Stadtteil Weingarten – mit 9,3% eine unserer Hochburgen bei den Landtagswahlen – waren sogar 90% gegen den Verkauf.

30 Jahre nachdem der Bau des Atomkraftwerks Wyhl bei Freiburg durch Proteste verhindert wurde, haben damit die Freiburgerinnen und Freiburger erneut gezeigt, dass die Bevölkerung Politik gegen die Herrschenden durchsetzen kann. Auch in anderen Städten gibt es diese Erfahrung: so wurde im Sommer im sächsischen Meißen durch ein Bürgerbegehren die Privatisierung der Elblandkliniken verhindert. Die Linkspartei.PDS unterstützte auch dort aktiv das Bürgerbegehren.

Unser Widerstand ist auch bitter nötig: das Bundesverfassungsgericht hat am 19. Oktober 2006 entschieden, dass die Stadt Berlin trotz ihrer Finanznot kein zusätzliches Geld bekommt. In der Begründung heißt es, dass die Stadt noch ihren Wohnungsbestand verkaufen könne und deshalb noch ein Handlungsspielraum gegeben sei. Die neoliberale Ideologie reicht bis in Deutschlands höchstes Gericht.

Der Bürgerentscheid ist damit ein Signal an die Berliner Linkspartei.PDS und alle Städte, die Privatisierungen mit der Finanznot der Kommunen begründen: Politische Veränderung im Interesse der großen Mehrheit der Arbeitnehmer, Arbeitslosen und kleinen Leute ist – wie unser Beispiel zeigt – nur möglich, wenn es uns gelingt die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse durch aktiven Widerstand der Menschen selbst zu verschieben. Im Wahlkampf war deshalb eine Veranstaltung mit Vertretern von WASG und Linkspartei aus Dresden be-

sonders wichtig: nachdem Teile der Linkspartei dem dortigen Wohnungsverkauf zugestimmt hatten, konnten wir zeigen, dass der Kreisverband diese Entscheidung abgelehnt hat.

Wie in Berlin heißt es auch in Freiburg: es gibt keine Alternative. Doch der Ausverkauf öffentlichen Eigentums kann nicht der Haushaltssanierung dienen. Die leeren Kassen haben andere Gründe: Mit der Steuerreform von SPD und Grünen im Jahr 2002 wurden die Unternehmenssteuern gesenkt und den Kommunen fehlen seitdem viele Milliarden Euro. Die Einführung von Hartz IV bedeutete weitere Kosten. Städte und Gemeinden sollen damit gezwungen werden, den öffentlichen Dienst auszuverkaufen. Unsere Position war im Wahlkampf und ist es auch danach:

- Großprojekte, die nur der Wirtschaftsförderung dienen, sind abzulehnen;
- der größte Teil der Kommunen in Deutschland ist überschuldet. Nur eine andere Steuerpolitik mit einer gerechten Verteilung des Reichtums kann das ändern. Dazu müssten sich die Kommunen zusammenschließen und Druck auf Bund und Land ausüben.

Wie der Bürgerentscheid gewonnen wurde

Um den Verkauf zu verhindern hatte sich in Freiburg eine Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ gebildet. Daran beteiligt sind SPD, die Unabhängigen Listen und WASG/Linkspartei sowie Mieterbeiräte, Stadtteilvereine und die betroffenen Mieter selber. Auch die Angestellten der Stadtbau machten mit, obwohl ihnen durch den Geschäftsführer der Stadtbau ein Maulkorb verpasst wurde.

Nachdem schnell die erste Hürde – die Sammlung von 12.000 Unterschriften innerhalb von sechs Wochen – übersprungen wurde, war der Gemeinderat gezwungen, einen Bürgerentscheid einzuleiten. Was im Wahlkampf



folgte, war beispiellos: mit über hunderttausend Flugblättern und Zeitungen und dem Engagement vieler Menschen, die zum ersten Mal in ihrem Leben politisch aktiv waren, ging die Bürgerinitiative in den Wahlkampf. Vor Schulen, Universitäten und dem Fußballstadion wurde Material verteilt. Über 2.000 Plakate gegen den Verkauf und unzählige „Heuschrecken“-Transparente hingen

in den Stadtvierteln. Die Angestellten der Stadtbau demonstrierten und erhielten eine Beschäftigungsgarantie.

Und bei allen vier von der Stadtverwaltung organisierten Bürgergesprächen zeigte sich, dass der Verkauf zu einer Klassenfrage geworden war: Arbeiter, Schüler, Studenten und Rentner auf der einen, eine Minderheit aus Reichen und Unternehmern auf der anderen Seite.

Damit war der Bürgerentscheid gewonnen. Die Stadt darf nun für mehrere Jahre keine Wohnungen verkaufen und hat damit ein Signal an alle gesendet, die gegen Privatisierungen kämpfen.

Die neue Linke war Teil des Wahlkampfes und muss auch zukünftig Teil von Anti-Privatisierungsbewegungen sein. Statt eines weiteren Ausverkaufs brauchen wir mehr öffentliches Eigentum und eine größere demokratische Kontrolle. Wenn Energiekonzerne Rekordgewinne machen und gleichzeitig Stromausfälle produzieren, dann müssen wir die Rückverstaatlichung fordern.

Was hier möglich war, kann es auch in anderen Städten geben. Denn die Mehrheit der Menschen lehnt die Privatisierungspolitik ab. Wenn sich wie in Südbaden Menschen in breiten Bündnissen zusammenschließen und die Politik selber in die Hand nehmen, dann ist eine andere Politik möglich und durchsetzbar. Freiburg muss überall sein und eine Gelegenheit, dies der ganzen Welt zu zeigen, ist der Protest gegen den G8-Gipfel im kommenden Jahr.

Von Armin Herbert und Dirk Spöri, WASG Freiburg

Die Bundestagsabgeordneten Binder, Hänsel und Maurer gratulierten den FreiburgerInnen zu ihrem Erfolg.

Weihnachtsbeihilfe wird jetzt endlich gezahlt!

Ulrike Küstler, Gemeinderätin der Linkspartei.PDS – offene Liste in Stuttgart berichtete auf der Veranstaltung der Kreisverbände von Linkspartei und WASG am 6. Dezember über die Auseinandersetzung um die Weihnachtsbeihilfe für arme Heimbewohner:



Es geht oft um scheinbar kleine Dinge, wenn man für mehr Gerechtigkeit eintritt.

Und es erfordert oft große Mühe, das durchzusetzen. Bei der Weihnachtsbeihilfe für Arme, die in Heimen untergebracht sind, ging es für dieses Jahr nur! oder nur? um 36 Euro. Seit ich im Stadtrat bin, habe ich mich darum gestritten.

Erst hat Stuttgart eine Vorreiterrolle bei der Pauschalierung der Sozialhilfe eingenommen und weniger gezahlt als andere Städte.

Am 1.1.2005 trat SGB XII in Kraft. Die Weihnachtsbeihilfe stand da nicht drin. Die Bundesregierung wies darauf hin, dass die Länder bzw. Städte freiwillig zahlen könnten. Baden-Württemberg und Stuttgart haben das nicht getan. Ich habe dann beantragt, dass die Stadt in Zukunft freiwillig 35 Euro bezahlt und wurde abgeschmettert. Die Stadtverwaltung behauptete, nach der Gesetzeslage dürfe sie gar nicht zahlen. Tatsache ist aber, dass viele Kommunen die ganze Zeit freiwillig gezahlt haben.

Jetzt ist das fast Unglaubliche passiert, dass die große Koalition eine – kleine – Verbesserung am SGB XII auf den Weg gebracht hat. Die Kritik, wie mit den bedürftigen Heimbewohnern umgegangen wird, war wohl doch zu laut. Deren Regelsatz geht zum großen Teil an das Heim und sie bekommen davon nur 26 Prozent für die alltäglichen Bedürfnisse wie Körperpflege, Genussmittel, Zeitungen, Bücher, Praxisgebühr, Medikamentenzuzahlung – 89,70 Euro im Monat.

Es gibt jetzt also einen Rechtsanspruch, aber beinahe hätte die Stadt wieder ausbüxen können.

Nach der neuen Regelung ab 1.1.2007 sollen diese armen Menschen jeden Monat 1 Prozent des Regelsatzes, also 3,45 Euro mehr bekommen und für Weihnachten ansparen. Damit könnten sie sich dann leisten, ihren Verwandten auch ein Mal was zu schenken oder sich selbst extra etwas zu kaufen. Da sie ja in diesem Jahr 2006 nichts ansparen konnten, sollen sie einmalig vor Weihnachten mindestens 36 Euro kriegen. So steht's jetzt im Gesetz. Das ist ein Rechtsanspruch und man sollte denken, alles in Ordnung. Aber denkste.

Ich wollte im Oktober erneut eine freiwillige Leistung beantragen, da gab mir ein bekannter Stuttgarter Experte

den Tipp, dass die Sache im Bundesrat ist. An dem Tag, an dem im Sozialausschuss des Gemeinderats vorgetragen werden sollte, dass Stuttgart wieder nicht zahlt, konnte ich den Antrag stellen. Stuttgart zahlt nicht nur die mindestens 36 Euro, sondern 41, um eine kleine Entschädigung für 2005 zu leisten, und die Leute, die geklagt hatten, sind ja moralisch bestätigt worden und sollen alles nachgezahlt bekommen.

Bis heute habe ich keine Antwort auf den Antrag bekommen. aber es war in der Zeitung zu lesen: Es betrifft 3000 Personen in Stuttgart, der Gesamtbetrag, den die Stadt zahlen muss, ist 108.000 Euro. Das sind weniger als 0,3 Prozent von dem, was, ich schätze, die Fußballweltmeisterschaft in Stuttgart gekostet hat.

Jedenfalls hat die Stadtverwaltung sich nicht gerührt. Auf Nachfrage wurde mir gesagt: Sie haben Recht, es gibt jetzt einen Rechtsanspruch der Betroffenen, aber wir können trotzdem nicht zahlen, denn die Bundesregierung hat in ihrer unermesslichen Güte nicht gesagt, dass sie das Geld für die Auszahlung zur Verfügung stellt. Das müsste sie aber nach der neuen Föderalismusreform. Jetzt gilt nämlich das Konnexitätsprinzip: Wer anschafft, zahlt auch. Darum wollten der Städtetag und der Landkristag ein Exempel statuieren, auf Kosten der Ärmsten, und die reiche Stadt Stuttgart dann vorne mit dabei. Am 23. November habe ich dann den Antrag gestellt: Jetzt wird es Zeit!

Nachdem ich nun das Sozialamt mit Anrufen genervt habe, dass der Rechtsanspruch der Betroffenen nicht durch das Hickhack um dieses Prinzip ausgehebelt werden kann und darf, gibt es eine weitere interessante Begründung für das Nichtzahlen: das Sozialamt hat nämlich festgestellt, dass die neue Gesetzesregelung nicht ordnungsgemäß im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde, und damit sei das Gesetz nicht in Kraft getreten. Vielleicht sei der Herr Bundespräsident Köhler ja verreist gewesen. Vom Sozialamt wurde mir auch gesagt, nach dem 23. Dezember würde dann sowieso nicht mehr gezahlt, weil dann der Rechtsgrund für 2006 entfällt, und der ist Weihnachten. Nach Weihnachten keine Weihnachtsbeihilfe mehr.

Jetzt habe ich bei unserer Bundestagsfraktion Hilfe gesucht und auch an den Bundespräsidenten geschrieben und an die Abgeordneten der anderen Parteien, die die Weihnachtsbeihilfe in der Bundestagsdebatte unterstützt hatten. Heute habe ich die Info bekommen, der Bundespräsident hat am 2.12. unterschrieben. Alles in Ordnung. Jetzt müssen die Länder sich bewegen. Nur Baden-Württemberg und Sachsen haben es noch nicht gemacht.

Ich rief sofort das Sozialamt an. Da

Solidarität mit den Beschäftigten der Abfallwirtschaft Stuttgart

Die Pläne der konservativen Gemeinderatsfraktionen in Stuttgart, die Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS) scheinbarweise zu privatisieren, lehnen wir ab. Es gibt in Deutschland bereits sehr viele Beispiele für die Privatisierung von Betrieben in einst öffentlicher Hand. In keinem einzigen Fall wurden damit die Leistungen für die Bürger besser oder kostengünstiger. Im Gegenteil: Die Leistungen wurden entweder deutlich schlechter oder deutlich teurer. Hinzu kommt, dass die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten bei solchen Firmen immer schlechter wurden: Die in Frage kommenden Privatunternehmen sehen sich nicht an Tarife gebunden, deswegen arbeiten die Beschäftigten zu niedrigeren Löhnen mit einer höheren Wochenarbeitszeit. Außerdem sind die Arbeitsbedingungen schlechter. Um ein Beispiel zu nennen: Es gibt Müllfahrzeuge privater Unternehmer, die die Trittbretter für die Müllmänner gar nicht mehr haben, was bedeutet, dass sie die ganze Strecke dem Müllauto auf der Straße hinterher rennen müssen. Und das sollen sie dann nach dem Willen der Bundesregierung so lange tun, bis sie 67 Jahre alt sind...

Die Abfallentsorgung ist eine öffentliche Aufgabe und finanziert sich kostendeckend aus den Müllgebühren der Bürgerinnen und Bürger. Das muss so bleiben. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum die Stuttgarter jetzt auch noch die Privatgewinne von Entsorgungsunternehmen finanzieren sollen. Im Interesse der Bürger der Stadt und im Interesse der Mitarbeiter der Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS) muss der Gemeinderat diese Privatisierungspläne ablehnen.

Pressemitteilung; Stuttgart, 6.12.2007; Ulrike Küstler, Gregor Gysi, Klaus Ernst, Ulrich Maurer, Bernd Rixinger, Bernhard Strasdeit, Karin Clausen, Christian Stähle.

bekam ich die Auskunft, dass sie mir das alles glauben, aber es steht nicht im Bundesgesetzblatt, und ... da könnten sie nicht auszahlen. Ich muss dazu sagen, dass die Mitarbeiterin nicht nur über mich genervt war, sondern zu verstehen gab, sie würde ja gerne ... Na ja, angesichts dessen, dass wir am Sonntag den zweiten Advent haben, bekam ich schon eine gewisse Wut.

Heute mittag nun bekam ich aus Berlin den Hinweis, es steht im Bundesgesetzblatt. Aufatmen? Ja. Ich hab das Bundesgesetzblatt sofort ans Stuttgarter Sozialamt gemailt und auch an die Diakonie Württemberg, die gestern eine Presseerklärung dazu gemacht hat.

Was bleibt: Erleichterung. Es hat sich sicher gelohnt, dran zu bleiben und zu nerven. Was muss folgen? Die Linke muss im nächsten Stadtrat mit einer Fraktion vertreten sein, damit wir mehr Kraft entwickeln können!

Tariftreue und Lokalbonus bei Auftragsvergaben sind möglich

So entschied das Bundesverfassungsgericht. In zwei fast gleich lautenden Anträgen wandten sich die Gemeinde- und Stadträte der Tübinger Linken an Gemeinderat und Kreistag. Das Ziel: Betriebe und Subunternehmen, die kommunale Aufträge erhalten wollen, müssen Tariflohn bezahlen. Lokale Firmen müssen bevorzugt werden. Im Tübinger Kreistag erhielt der Antrag von Anton Brenner und Bernhard Strasdeit mit den Stimmen von SPD und Grünen ein Quorum und wird somit einer ordentlichen Behandlung im Ausschuss und im Plenum zugeführt.

Stadträtin Ulrike Küstler von der Linke.PDS – offene Liste im Gemeinderat stellte in Stuttgart fast wortgleich denselben Antrag:

Tariftreue und Lokalbonus bei der Auftragsvergabe

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Stuttgart und ihre Betriebe vergeben Aufträge nur an Unternehmen, die versichern, dass sie und gegebenenfalls ihre Subunternehmen sich an die geltenden Tarifverträge halten.

Lokale bzw. regionale Firmen können den Zuschlag erhalten, wenn ihr Angebot zwar nicht das billigste, aber das günstigste ist, wenn die damit die verbundenen ökologischen (Anfahrtswege für Personal und Material), sozialen (Sicherung von Arbeitsplätzen) und steuerlichen Vorteile (Gewerbe- und Grundsteuereinnahmen) für die Stadt und die Region berücksichtigt werden.

Die Stadt Stuttgart bzw. der Gemeinderat setzen sich durch ihre Ver-

treter/-innen in den Aufsichtsräten der Unternehmen im „Konzern Stadt“ dafür ein, dass diese bei der Vergabe von Aufträgen ebenso verfahren.

Die Stadt Stuttgart übernimmt diese Regelungen in die Public Corporate Governance für ihre Betriebe und Unternehmen und fügt bisher schon bestehende Regelungen über ökologische Kriterien und den Stammpersonalanteil ebenfalls ein.

Begründung: Das Bundesverfassungsgericht hat beschlossen, dass Tariftreue eine Bedingung für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen sein darf.

„Freitag 3. November 2006, 14:04 Uhr. Karlsruhe (AP) Die Vergabe öffentlicher Aufträge darf endgültig davon abhängig gemacht werden, dass Unternehmen Tariflöhne zahlen. Das Bundesverfassungsgericht hat in einer am Freitag in Karlsruhe veröffentlichten Entscheidung die in Berlin geltende Tariftreue-Erklärung für rechtens erklärt. Nach dieser Regelung vom Juli 1999 vergibt Berlin einen Auftrag im Baugewerbe nur, wenn sich das Unternehmen zur Zahlung der ortsüblichen Tariflöhne verpflichtet. Damit sollte ein Unterbietungswettbewerb mit nicht tarifgebundenen Arbeitgebern eingedämmt werden.“

Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts erklärte, die Verpflichtung zur Zahlung von Tariflöhnen verletze weder die Berufsfreiheit der Arbeitgeber noch ihr Recht auf Koalitionsfreiheit. Arbeitgeber würden durch das Vergabegesetz, das auch in anderen Bundesländern gilt, nicht zum Beitritt in einen Arbeitgeberverband gezwungen und müssten sich nicht generell den

ausgehandelten Tarifverträgen unterwerfen. Die Verpflichtung zur Zahlung von Tariflöhnen betreffe vielmehr nur den konkreten von der öffentlichen Hand vergebenen Auftrag.

Weiter heißt es in der Begründung, die Tariftreue-Regelung greife zwar in die Berufsfreiheit des Arbeitgebers ein, weil er in der Bezahlung seiner Beschäftigten bei öffentlichen Aufträgen nicht frei sei. Das Sozialstaatsprinzip verpflichte den Staat jedoch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Um einem Verdrängungswettbewerb tarifgebundener Bauunternehmen und Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, habe der Landesgesetzgeber deshalb das Gesetz schaffen dürfen. Angesichts des hohen Allgemeinwohlbelangs sei der Eingriff gerechtfertigt.

Der Kartellsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) hatte die Tariftreue-Erklärung für verfassungswidrig gehalten und deshalb im Jahr 2000 dem Bundesverfassungsgericht die Berliner Regelung zur Prüfung vorgelegt. Der BGH muss nun mit den Vorgaben über die Ausgangsklage entscheiden.

Arbeitgeber könnten aber noch den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg anrufen und klären lassen, ob der die deutschen Tariftreueerklärungen gegen europarechtliche Vorschriften verstoßen. (Aktenzeichen: Bundesverfassungsgericht 1 BvL 4/00)“

Das vom Bundesverfassungsgericht hervorgehobene Sozialstaatsprinzip und der hohe Allgemeinwohlbelang rechtfertigen eine Regelung zu Gunsten lokaler Firmen und Arbeitsplätze.

„Das wäre genauso, wie wenn man den Papst dafür gewinnen wollte, im Vatikan die Vielweiberei einzuführen.“

Bernd Melchert, Betriebsrat bei der Tübinger Walter AG (und Gemeinderatsmitglied der Tübinger Linken) zum Versuch der Firmenleitung, die Belegschaft von der Notwendigkeit unbezahlter Mehrarbeit zu überzeugen.

In der Chefetage der Walter AG fühlt sich da offenbar niemand so recht angesprochen. Laut Bernd Melchert, dem Betriebsratsvorsitzenden des Derendinger Metallbetriebs, hat der zur schwedischen Sandvik-Gruppe gehörende Werkzeug-Hersteller in den vergangenen Jahren prächtige Gewinne gemacht – „und heuer wird es noch mehr“. Trotzdem habe die Geschäftsleitung jetzt die Vereinbarung über die Erfolgsbeteiligung aufgekündigt, die einem durchschnittlich verdienenden Mitarbeiter bislang rund 700

Euro brutto beschert. Diesen Bonus soll es nächstes Jahr nur noch geben, wenn die Belegschaft bereit ist, die wöchentliche Arbeitszeit um drei auf 38 Stunden zu erhöhen – ohne Lohnausgleich.

Mehr denn je geschuftet

Das, da ist sich Melchert absolut sicher, sei mit seinen Kollegen, die in diesem Jahr „mehr denn je geschuftet“ haben, nicht zu machen: „Das wäre genauso, wie wenn man den Papst dafür gewinnen wollte, im Vatikan die Vielweiberei einzuführen.“ Nachdem es die Wirtschaft „trotz riesiger Gewinne“ geschafft habe, die Realeinkommen der Beschäftigten unter das Niveau von 1990 zu drücken, sei jetzt ganz anderes angesagt: „Die Metaller in der Autoindustrie reden bereits von neun Prozent.“ Mit einem so dicken Plus rechnet Melchert bei der nächsten Lohnrunde zwar nicht, aber: „Über fünf Prozent müssen es schon werden – mal sehen, wie begeistert die Politiker davon sind und ob sie sich dann noch an ihr heutiges Geschwätz erinnern!“ (Bericht aus dem Schwäbischen Tagblatt)

Tübinger Kreishaushalt 2007.**Der rechte Kreistagsflügel im Siegesrausch – die SPD will auch dazugehören**

Die bürgerlichen Gruppierungen der Freien Wähler und der CDU haben im Kreistag eine solide Mehrheit, auch ohne den Wurmfortsatz FDP. Die vergangene Zeit brachte ihnen in Tübingen keine großen Erfolgserlebnisse. Blutige Nase bei der Wahl des Ersten Bürgermeisters in Tübingen, der CDU-Bürgermeister Höschele vor die Tür gesetzt, die krasse Fehlspekulation der Tübinger FDP auf Brigitte Russ-Scherer. So war es klar, dass sie am Nikolaustag ihren Serotoninmangel nicht nur mit einem Hap-

pen Schokolade, sondern auch mit einer Machtdemonstration beheben wollten.

Die Linke hatte keine eigenen Anträge gestellt. Sie unterstützte jedoch alle Anträge von SPD und Grünen, die eine soziale oder ökologische Verbesserung zum Ziel hatten. Kreisrat Bernhard Strasdeit begrüßte sogar den SPD-Antrag auf einen Reichtumsbericht, obwohl er ihm nicht sehr glaubwürdig erschien, von einer Partei, die gerade die Vermögenssteuer abgeschafft hat und gar nicht daran denkt, sie wieder einzuführen.

Anders als in den vergangenen Jahren mäßigten sich die bürgerlichen Gruppierungen nicht zu Ausgleich und Kompromiss, sondern bügelten fast alle Anträge auf soziale und ökologische Verbesserungen nieder. Landrat Walter ging sogar so weit, das Recht der Linken auf eine Haushaltsrede abschaffen zu wollen. Möglicherweise teilt er die Eigenschaft, nachtragend zu sein, mit der die Sitzung schwänzenden Russ-Scherer. Wir hatten ihm vor einem Jahr in der Haushaltsrede seine Begeisterung für Hartz IV um die Ohren gehauen, woran er wie so viele nicht gerne erinnert werden möchte.

Also keine Übung in Schwarz-Grün. Nur eine kleine Lektion über die Hackordnung bei Schwarz-Rot. Die Anträge der SPD wurden allesamt niedergestimmt, bis auf die Radwegunterführung in Sebastiansweiler, die bei einem Ausbau der B 27 überflüssig wäre, und einem Radweg nach Breitenholz, den der schwarze Bürgermeister sich widerstrebend schenken ließ. Mit diesem Linsenmus holte der FWV-Fraktionsvorsitzende Hofelich die SPD ins Boot, nachdem deren Fraktionsvorsitzender Hahn zuvor devot um Hofelich herum-scharwenzelt war. Die SPD braucht die Nähe zur Macht als Droge und nimmt dafür jede Demütigung in Kauf. Gerd Weimers Truppe ist mal wieder als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet. Bedrückt schlichen die vorgeführten SPD-ler zum Landratsamt hinaus. Nur Rita Haller-Haid hatte den Mut, sich zu enthalten.

Linke Liste Mannheim verlangt Festlegung der Mietobergrenze nach Mietspiegel

Bisher hat die Stadt Mannheim noch keine allgemeine Mietobergrenze nach Hartz IV festgelegt, und es sind bisher keine Zwangsumzüge bekannt geworden. Aber Tatsache ist, dass Familien mit Familienzuwachs oder andere Personenkreise, die aus einer Notsituation heraus einen Wohnungswechsel vornehmen müssen, von der Stadt Mannheim nur 4,60 Euro pro Quadratmeter bezahlt bekommen. Für diesen Preis sind angemessene Wohnungen in Mannheim aber so gut wie nicht zu finden.

Diese Umzugsmietobergrenze ist nach Meinung der Linken Liste Mannheim jedoch nicht zulässig. Die Stadt bezieht sich dabei auf das Mietgefüge in Ludwigshafen oder gar in der ganzen Metropolregion. Sie will mit der Orientierung auf die Mietobergrenzen im preisgünstigeren Umland angeblich erreichen, dass nicht Hartz-IV-EmpfängerInnen aus dem Umland nach Mannheim angelockt werden.

„Der heilige Nikolaus war ein Keynesianer“**Redebeitrag zum Tübinger Kreishaushalt von Anton Brenner:**

Herr Landrat, meine Damen und Herren, vielen Dank, dass ich, wie es früher selbstverständlich war, doch noch reden darf. Da wir nicht als Fraktion anerkannt sind, erlaube ich mir, sitzen zu bleiben.

Dass die heutige Beratung am Nikolaustag stattfindet, ist sicher kein Zufall. Nachdem Herr Hofelich für die größte Fraktion weiter für einen strikten Sparkurs eingetreten ist, muss ich darauf kurz eingehen.

Sie kennen vielleicht das Kornwunder des heiligen Nikolaus. Als es der Wirtschaft schlecht ging, zweigte er ein paar Säcke vom Staatseigentum ab und verteilte es an die Bevölkerung. Das war noch kein Wunder. Das war vernünftige, und damit soziale Politik. Das Wunder bestand darin, dass der Staat, damals der römische Kaiser, letztlich keine Verluste hatte. Wir glauben lieber an dieses Wunder als an die Wunder, die der angebotsorientierte Neoliberalismus seit Jahren verspricht und die letztlich nur eine Umverteilung von unten nach oben bewirkt haben. Wie Josef in Ägypten war der Heilige Nikolaus offensichtlich ein Keynesianer oder ein Vorläufer des nachfrageorientierten Wirtschaftsweisen Peter Bofinger.

Seit Jahren stagnieren die Löhne im öffentlichen Dienst. Real sind sie rückläufig. In einer Stadt, die so vom öffentlichen Dienst geprägt ist wie Tübingen, sieht man die Folgen. Läden und Lokale stehen leer, Steuereinnahmen stagnieren.

Was kann der Kreis tun? Wir sollten erst an den Schuldenabbau denken, wenn auch die Binnennachfrage wieder steigt. Davon kann aber noch keine Rede sein, im neuen Jahr kommt durch die erhöhte Mehrwertsteuer ein neuer

Dämpfer. – Wir sollten uns auf eine größere Lohnerhöhung, gerade im öffentlichen Dienst, einstellen. Wir sollten mehr Jugendliche ausbilden, – und nicht wie auf Seite 210 des Haushaltsplans ausgewiesen ist, weniger ausbilden als vorgesehen waren: 52 Ausbildungsstellen waren vorgesehen, 47 sind real ausgebildet worden.

Bei der Auftragsvergabe kann der Kreis Tübingen den Zusatznutzen der ortsansässigen Betriebe veranschlagen: Die Erhaltung und der Ausbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die ökologischen Vorteile von kurzen Wegen, die Aussicht auf damit steigende Steuereinnahmen im Kreis. Das alles sollte uns ein paar Prozent wert sein.

Wir unterstützen alle Anträge, egal von welcher Partei, welche die ohnehin starken Belastungen der Familien mindern oder wenigstens nicht erhöhen. Wir können nicht indirekt die Bildungskosten über steigende Eigenanteile für die Schülerbeförderung erhöhen. Die sozialen Freiwilligkeitsleistungen müssen erhöht werden, da sie letztlich weniger kosten, als wenn wir nachher die Kosten und Folgekosten der Verwahrlosung zahlen müssen.

Wir sollten dafür sorgen, dass die Gewinne der kreiseigenen Bank vernünftig dem Allgemeinwohl zu gute kommen. Wir appellieren an den Aufsichtsrat, den gesetzlich möglichen Höchstbetrag der KSK-Spenden auf 1,8 Millionen Euro aufzustocken und auch auszugeben. Warum soll die Kreissparkasse nicht die Patenschaft für einige Schul-Sozialarbeiter übernehmen?

Meine Damen und Herren, wenn die Beratung in diesem Sinne verläuft, können wir dem Haushaltsplan 2007 zustimmen. (Anmerkung: die Beratung verlief nicht in diesem Sinne [siehe oben], deshalb stimmten Anton Brenner und Bernhard Strasdeit gegen den Kreishaushalt.)



Mit einer Kundgebung am 9. November vor dem Mannheimer Hauptbahnhof erinnerte der AK Justiz Mannheim in Zusammenarbeit mit dem der bundesweiten Initiative „11.000 Kinder“ auch in diesem Jahr wieder an die Deportation von drei Millionen Opfern des Faschismus mittels der Reichsbahn. Bahn-Vorstand Mehdorn und Verkehrsminister Tiefensee wurden aufgefordert, endlich die Blockade der Ausstellung aufzugeben, die das Schicksal besonders von 11.000 deportierten namentlich bekannten Kindern dokumentiert. Die Ausstellung soll in den Bahnhöfen gezeigt werden. Inzwischen haben die zahlreichen Proteste teilweise gefruchtet.

Nach dem neuen Mannheimer Mietpiegel liegt der Durchschnittswert aller berücksichtigten Wohnungen bei 5,60 Euro pro Quadratmeter. Die Stadträtin Gudrun Kuch von der Linken Liste verlangt, dass dieser Wert zur Definition einer Mietobergrenze herangezogen wird. Ein aktuelles Urteil des Bundessozialgerichts vom 7.11.2006 stützt diese Auffassung: Die Gemeinden müssen danach bei der Leistung der Kosten für Unterkunft das Ortsniveau und nicht etwa das unterste Mietniveau berücksichtigen.

Haushaltsberatungen in Konstanz: Keine Auflösung des Investitionsstaus

Zumindest zwei positive Aspekte weist der von der Stadtverwaltung vorgelegte Doppelhaushalt für die Jahre 2007 und 2008 auf, der am 19. Dezember verabschiedet werden soll. Da ist zum einen die Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer um 50 Punkte, die künftig rund 1,3 Mio. Euro jährlich in die städtische Kasse spülen soll. Das wäre angesichts der notorisch schlechten Einnahmesituation ein erster Schritt in die richtige Richtung, ausreichend ist er jedoch nicht. Die PDS/LL-Stadträtin Vera Hemm fordert deshalb neben der Grundsteuererhöhung den Gewerbesteuer-

er-Hebesatz ebenfalls um 50 Punkte anzuheben, eine längst überfällige Entscheidung, gerade auch angesichts der massiven Entlastung der Unternehmen durch Bundes- und Landesregierung in den vergangenen Jahren. Dazu kommt die Ungewissheit, wieviel der bisherige Haupteinzahler Altana nach dem Verkauf künftig noch beisteuern wird.

Ein Antrag von Hemm, aus diesem Grund auf einen Doppelhaushalt zu verzichten, beantwortete Kämmerer Rohloff sinngemäß mit dem Hinweis, man könne im Falle eines Falles ja noch einen Nachtragshaushalt beschließen. Angesichts dieser Haltung muss schon gefragt werden, wie ernst die Verwaltung eigentlich ihr eigenes Zahlenwerk nimmt. Auf jeden Fall mutet sie den Gemeinderäten die Diskussion über ein Zahlenwerk zu, das sich im schlimmsten Fall als Muster ohne Wert entpuppen könnte.

Als positiv muss zum Zweiten gewertet werden, dass nach Jahren weitgehender Untätigkeit endlich Investitionen für den Schulbereich vorgesehen sind. Rund 8,1 Mio. Euro sind für dringende nötige Maßnahmen vorgesehen. Bei näherer Betrachtung wird allerdings deutlich, dass dieser Betrag bei weitem nicht ausreicht. Mindestens weitere 7 Mio. Euro wären laut mittelfristiger Finanzplanung nötig; Maßnahmen die man in vielen Fällen auf die Zeit nach 2010 verschieben will. Mehr als ein Wermutstropfen

ist auch, dass nicht wenige Projekte im Sozialbereich wieder einmal auf der Strecke bleiben. So hat die Verwaltung etwa die nötigen Mittel für den Ausbau der sozialen Infrastruktur im Berchtesgäbener Gebiet und Öhmdwiesen für die kommenden zwei Jahre schlicht gestrichen.

Nicht hinnehmbar ist schließlich, dass weitere 12 Stellen dem Rotstift zum Opfer fallen sollen. „Die Belastungsgrenze des Personals ist in vielen Bereichen überschritten“, erklärte Personalarbeitsvorsitzende Renate Reisch bei der letzten Finanzausschusssitzung reichlich betreten dreinblickenden Räten. Recht hat sie: 50 Stellen hat der Stadtrat schon gestrichen, gleichzeitig jedoch dem Personal ständig neue Aufgaben aufgebürdet. Die PDS/LL wird die Rücknahme der Stellenstreichungen beantragen. *jüg, Seebblättle Nr. 8/2008, Dezember*

Breite Front gegen Nazis

„Was tun, wenn die Nazis in Konstanz marschieren?“ war das Thema eines Round-Table-Gesprächs, zu dem VVN/BdA Konstanz-Singen eingeladen hatte. Vertreter von DGB, Verdi-Jugend, WASG, PDS-LL, Friedens-Initiative, ASTA und MLPD waren der Einladung gefolgt – schade nur, dass SPD und Grüne nicht dabei waren. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Friedrichshafen in letzter Zeit (drei Aufmärsche, Schlägereien, Schmierereien) scheint eine rechtzeitige Wappnung – auch in Absprache mit Stadtverwaltung und Polizeiführung, auch in präventiven Schul-Diskussionen – sinnvoll. Die Brisanz ist unübersehbar. Das Seebblättle dokumentierte das – gekürzte – Referat von Holger Reile, Journalist, Antifaschist und WASG-Kandidat der letzten Landtagswahl, bei diesem Treffen.

Welche Möglichkeiten gibt es, Naziaufmärsche- und Kundgebungen verbieten zu lassen? Bislang wurde von Stadtverwaltung oft behauptet, man habe keine Chance, solche Aufmärsche gerichtlich verbieten zu lassen. Dass das nicht stimmt, zeigen einige Beispiele der letzten Zeit. Einig sind wir uns wahrscheinlich, dass alleine Verbote das grundlegende Problem nicht lösen.

Die allgemeine Situation ist schnell umrissen: Innerhalb der rechtsradikalen Szene hat die NPD die Führung übernommen. Zunehmend werden die militanten Kader der sog. Kameradschaften in die Partei-Gremien der NPD gewählt. Rechtsradikale sitzen in vielen Bezirksvertretungen, Gemeinderäten und leider auch in zwei Landesparlamenten. Das führte zu einer gestiegenen gesellschaftlichen Anerkennung.

Dort geben sie sich nach außen hin sozial, engagiert und bürgernah. Sie organisieren Stadtteilfeste, bieten Nachhilfe-Unterricht im Schulbereich an, helfen bei Amtsgängen und juristischen Problemen. Kurz gesagt: Vor allem in den neuen Bundesländern führt eine NPD-Mitgliedschaft nicht mehr automatisch zu einer gesellschaftlichen Ächtung.

Gründe dafür sind unter anderem: Die dortige wirtschaftliche Situation, aber auch die Tatsache, dass die demokratischen Parteien – und zwar alle bis hin zu PDS/Linkspartei – diese Entwicklung unterschätzen und es versäumt haben, rechtzeitig Lösungen anzubieten. Dass nun Initiativen, die antifaschistische Arbeit geleistet haben, so nach und nach von der Bundesregierung der Geldhahn zugedreht werden soll, halte ich persönlich für einen Skandal. Somit werden ganze Landstriche den Rechtsradikalen überlassen und man fällt denjenigen in den Rücken, die dort in den letzten Jahren überwiegend gute Arbeit geleistet haben.

Zur Situation bei uns hier in Baden-Württemberg, im Landkreis Konstanz und rund um den See. Sie ist noch nicht vergleichbar mit den Zuständen in Sachsen oder Thüringen. Aber wir dürfen auch nicht so tun, als sei Rechtsradikalismus ein Thema, das wir getrost vernachlässigen oder aussitzen könnten.

Auch in Ba-Wü übernimmt langsam die NPD das rechte Ruder und organisiert ihre Infrastruktur. Zunehmend gibt es Aufmärsche im Land, die Szene hat sich mit Gesinnungsgenossen aus der Schweiz und aus Vorarlberg ständig vernetzt, sogenannte Skin-Konzerte hier im Dreiländereck, mit manchmal über tausend Besuchern aus der Nazi-Szene



15. Juli 2006: Friedrichshafen für Demokratie und Toleranz. Demonstration gegen eine Neonazi-Aktion in der Stadt.

sind keine Seltenheit. Dazu kamen in den letzten Monaten Wahlkampfstände der NPD im Landkreis Konstanz und nicht zu vergessen die rechtsradikalen Aufmärsche in Friedrichshafen. Dort vergrößert sich die Gruppe meist junger Nazis ständig. Sie treten massiv und gewalttätig auf, drängen in Schulen, stören Diskussionsrunden und sind offensichtlich mit Unterstützung einiger Kameradschaften aus dem benachbarten Bayern dabei, im Raum Friedrichshafen und Ravensburg endgültig Fuß zu fassen. Nicht zuletzt wurden sie dabei indirekt von der desolaten Politik der Friedrichshafener Stadtverwaltung unterstützt.

Ich bin mir sicher, das könnte Sogwirkung haben, auch für den Landkreis Konstanz. Um nicht eines Tages unvorbereitet dazustehen, wollen wir heute abend darüber reden, wie wir ein breites Bündnis schaffen können, und zwar schon im Vorfeld.

Meine Meinung ist: Dieses Bündnis hat nur dann ein Gewicht, wenn es offen ist für all diejenigen, in deren Augen Faschismus nicht nur eine Meinung, son-

dern tatsächlich ein Verbrechen ist. Nur so, und vor allem jenseits sorgsam gepflegter Parteischarmützel, wird dieses Bündnis eine Chance haben – quer durch alle Parteien und gesellschaftlich relevanten Gruppen und Initiativen.

Zum Schluss noch einige selbstkritische Fragen und Bemerkungen, über die wir auch reden sollten.

Wir stellen zunehmend fest, dass die bislang praktizierten Aktionsformen weitgehend verpuffen. Allein der Slogan: „Kein Fußbreit den Faschisten“ ist zwar richtig, bringt uns aber nicht entscheidend weiter. Ein Bündnis, wie wir es für wichtig halten, kann nur auf der Basis gegenseitigen Vertrauens funktionieren. Die Aufgabe ist vielmehr: Was können und wollen wir tun, um an die Jugend heran zu kommen und beispielsweise Aufklärungsarbeit in den Schulen zu leisten? Wir wissen, dass vor allem dort Rechtsradikale vermehrt rekrutieren. Und wir müssen durchaus selbstkritisch eingestehen, daß da zuwenig passiert ist.

Wie reagieren wir konkret, wenn in nächster Zeit NPD-Stände in Konstanz und im Landkreis angemeldet werden? Alleine auf Verbotsanträge zurückzugreifen, wäre meiner Meinung nach zu dürrtig. Klar ist: die juristischen Möglichkeiten, den Nazis das Leben so schwer wie möglich zu machen, sollten natürlich voll ausgeschöpft werden. Da ist mehr möglich, und dass nicht mehr gemacht wird, liegt auch daran, dass einige Rechts- und Ordnungsämter offensichtlich schlecht informiert sind.

Das vorrangige Ziel sollte aber sein, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger – Vertreter der Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Schulen, Jugendvertreter usw. – und auch die jeweiligen Stadtverwaltungen in ein breites Bündnis einzubinden.

Kundgebungen gegen die alten und neuen Nazis – wie neulich in Halbe und anderswo mit bis zu 20 000 Teilnehmern – zeigen, dass die Bevölkerung mehrheitlich nicht mehr gewillt ist, den braunen Brunnenvergiftern tatenlos zuzusehen.

Selbstanzeige von Rainer Bliesener und Leni Breymaier wegen Tragens von Anti-Nazi-Symbolen

DGB-Landeschef Rainer Bliesener und die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Leni Breymaier haben am 29. November um 11 Uhr vergeblich versucht, ihre Selbstanzeige wegen Tragens von Anti-Nazisymbolen bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart zu Protokoll zu geben. Da die Staatsanwaltschaft die Annahme mit dem „fadenscheinigen und lächerlichen Argument“ ablehnte, Selbstanzeigen würden nur dienstags und donnerstags zu bestimmten Zeiten angenommen, werde die Selbstanzeige nun durch einen Anwalt übermittelt. Auf der Internetseite der Staatsanwaltschaft werden als Bürozeiten ohne Einschränkung Montag bis Freitag 9.00 bis 11.30 Uhr angegeben. Besondere Zeiten für Selbstanzeigen findet man nirgends, lediglich die Information, dass Anzei-

gen auch mündlich zu Protokoll gegeben werden könnten. Bliesener wertete das Verhalten der Staatsanwaltschaft deshalb als „schikanöses Verhalten“.

Hintergrund der Selbstanzeige ist ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Dieser hatte auf der DGB-Kundgebung am 21. Oktober auf dem Stuttgarter Schlosplatz einen Anstecker mit einem rot durchgestrichenen Hakenkreuz als Protest gegen Nazis getragen. Rainer Bliesener und Leni Breymaier argumentieren jetzt, dass sie ebenfalls dieses antifaschistische Symbol getragen haben. Sie wollten gleich behandelt werden wie Michael Sommer – deshalb die Selbstanzeige.

Bliesener äußerte sein „absolutes Unverständnis“ darüber, dass die Verwendung eindeutig antifaschistischer Symbole kriminalisiert werde.

Pressemitteilung des DGB



Zur Nachahmung empfohlen

Im Landkreis Waldshut in Südbaden konnte die WASG im November sieben neue Mitglieder gewinnen. Vier der Neumitglieder waren bis vor kurzem noch Mitglieder des SPD-Ortsvereins Rickenbach-Herrischried. Das Beispiel zeigt, dass viele Menschen auf die Gründung einer bundesweiten Linkspartei warten und diese Menschen für unsere Partei gewinnbar sind. Was im Kreis Waldshut möglich war, kann woanders wiederholt werden, denn die SPD hat in den letzten Jahren hunderttausende Mitglieder verloren. Die Politik der großen Koalition mit Rentenkürzung und Mehrwertsteuererhöhung hat die Krise der SPD weiter verschärft. Es ist an uns, mit der neuen Linkspartei eine politische Alternative aufzubauen. (auf dem Foto v.l.n.r.: Günter Heinel, Paul Barrois, beide bis vor kurzem noch SPD, Friedrich Gebhard und Norbert Schampera, beide WASG-Kreisvorstand Waldshut)

„Stimme“ der Enttäuschten

Die Badische Zeitung berichtete am 23.11. über den WASG-Kreisverband Lörrach:

„Sie werden uns mehr haben als ihnen lieb ist“, prognostiziert Jörg-Uwe Sanio. Der Schopfheimer sieht die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) im Aufwind. Das Abschneiden bei der Landtagswahl im März bietet zwar wenig Anlass für die Einschätzung; die Politik der großen Koalition in Berlin und die Rolle, die die SPD dort spielen, sehen Sanio und der Kreisvorstand aber als Basis die WASG weiter und noch fester im politischen Spektrum zu verankern – vor allem in der Vereinigung mit der PDS, so der Tenor der Hauptversammlung in Schopfheim am Dienstag.

Die WASG ist 2005 mit den Protesten gegen Gerhard Schröders Agenda 2010 (Hartz IV) und die SPD entstanden und speist sich nach wie vor aus dieser Quelle. Parteiübertritte à la Ulrich Maurer oder Oskar Lafontaine gibt's zum Beispiel auch an der regionalen Basis – ganz aktuell etwa den ehemaligen Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Rickenbach, Paul Barrois, ein Saarländer, der in Schopfheim seinen Eintritt in die WASG verkündete. Diese versteht sich denn auch nach wie vor als Sammelbecken und „Stimme“ (Sanio) für diejeni-

gen, die soziale Errungenschaften der alten Bundesrepublik verteidigen – der EU-Erweiterung und allen globalen Entwicklungen und Abhängigkeiten zum Trotz – und die die „Untreue“ der SPD gegenüber den „sozialdemokratischen Zielen“ (Sanio) nicht mitmachen wollen. Die Euphorie des Aufbruchs aber hat sich gelegt. „Wir haben die Mühen der Ebene erreicht“, bilanziert Sanio das Jahr 2006. Das gilt auch für den Kreisverband Lörrach und sein 28 Mitglieder. Das Ziel, im Verbund mit der PDS im März den Einzug in den Landtag eines alten Bundeslands zu schaffen, wurde deutlich verfehlt. Knapp drei Prozent der Stimmen erreichte der gemeinsame Kandidat Manfred Janikoy im Wahlkreis Lörrach. Für die WASG sei das gleichwohl ein Erfolg – vor allem angesichts der schwachen Wahlbeteiligung, so der wie Sanio bestätigte Vorstandssprecher Hans-Joachim Szmerlowski. Schließlich sei es gelungen, mit wenigen finanziellen „Mitteln sichtbar zu werden“, so Szmerlowski weiter.

Organisatorisch steht für den Kreisverband derzeit vor allem die Vereinigung der WASG mit der Linkspartei/PDS auf Bundesebene auf der Tagesordnung. Vor Ort klappe die Zusammenarbeit mit

der deutlich kleineren Lörracher PDS bereits „recht gut“, so Eberhard Dais. Ihr politisches Profil gewinnt die WASG dagegen nach wie vor allem in der Abgrenzung von der (nun) „Müntefering-SPD“, die als „neoliberal“ (Sanio) eingestuft wird. Die Rente mit 67 sei „kritisch“ – zumal in der „altersrassistischen Gesellschaft“, die bereits 53-Jährige „profitorientiert“ in den Vorruhestand entsorge. Die geplante Gesundheitsreform sei schlicht eine „Katastrophe“ und von Friedenspolitik könne angesichts der Auslandseinsätze der Bundeswehr keine Rede mehr sein. Die WASG setzt statt dessen auf klassische Sozialstaats- und Umverteilungspolitik und fordert zur Finanzierung vor allem einen Wechsel der „verfehlten Steuerpolitik“. Es sei nicht so, wie der Wirtschaftsforscher Hans-Werner Sinn von Münchner Ifo behauptete, dass sich die Gesellschaft für Milliarden-Beträge fünf Millionen Arbeitslose halte, vielmehr leiste sich der Staat noch viel üppigere Milliardengeschenke für Unternehmen und Topverdiener vom Schlage des Deutsche Bank-Chefs Josef Ackermann.

Aus: Schwäbisches Tagblatt, Tübingen vom 30.11.2006

Historischer Beschluss: WASG und PDS entscheiden künftig gemeinsam

„Wir haben jetzt einen historischen Beschluss gefasst, das ist euch klar“, sagte Christl Tierney. Am Dienstag trafen sich WASG und Linkspartei in Tübingen erstmals zu einer gemeinsamen Kreismitgliederversammlung, um das Programm der künftigen Partei „Die Linke“ zu diskutieren und Änderungsanträge zu verabschieden.

WASG und Linkspartei/PDS wollen Mitte Juni 2007 eine neue Partei gründen. Eine Ahnung davon, welche formalen Hürden vor diesem Zusammenschluss stehen, gab auch die von Christl Tierney (WASG) und Joachim Kayser (Linkspartei) geleitete Versammlung am



Dienstagabend im Nebenzimmer des TSG-Heims. Ohne den krankheitshalber fehlenden Kreisvorsitzenden Emanuel Peter mussten die neun anwesenden WASG-Mitglieder zunächst formell beschließen, fürderhin gemeinsam mit der PDS abzustimmen. Dann entschieden die zehn PDS-Leute, auch den anwesenden Sympathisanten ohne Parteibuch Stimmrecht einzuräumen. Anschließend beschlossen sie mit ihnen zusammen ebenfalls künftige gemeinsame Abstimmungen.

In erster Linie hatten sich WASG und Linkspartei versammelt, um Berichte über die Bundesparteitage zu hören und rechtzeitig vor dem 30. November Änderungen zum Gründungsprogramm der neuen Partei zu beantragen. Auf Vorschlag von Walburg Werner und Günter Kehrer soll im Programm stehen, dass die Bundeswehr nicht für Militärinterventionen im Ausland eingesetzt werden darf – selbst wenn es ein UN-Mandat gibt. „So problematisch es ist, müssen wir dieses Einfallstor einfach schließen“, hielt Kehrer dem Einwand entgegen, dann könne man auch nicht in Darfur eingreifen.

Auf Antrag von Emanuel Peter wird ein Passus gefordert über „gesellschaftliche Bündnisse mit allen gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Kräften, die gegen prekäre Lebensverhältnisse, gegen Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut von großen Bevölkerungsgruppen in Deutschland und weltweit sind“. Stefanie Fischbach stieß mit der geforderten Streichung der Formulierung auf Zustimmung, dass die Partei „gewinnorientiertes unternehmerisches Handeln als wichtig für Innovation und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ betrachte.

Auch mit Stimmen aus der WASG wurde beschlossen, den Antrag von Lothar Bisky, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine zu unterstützen, dass sich die Linke zum demokratischen Sozialismus bekennt.

NWZ/ Göppinger Kreisnachrichten vom 13.12.: WASG unterstützt Protest gegen Rente mit 67

„Altersarmut wird verschärft“

KREIS GÖPPINGEN. Die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) will den geplanten Protest der Gewerkschaften gegen die Rente mit 67 unterstützen. Im vollen Saal des Geislinger Gewerkschaftshauses kritisierte Stefan Dreher, der im Frühjahr Landtagskandidat der WASG

im Wahlkreis Göppingen war, die Regierungspläne zur Rente als „Programm zur Verschärfung der Altersarmut in Deutschland“. Man müsse schon „mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn man in der Zeit hoher Arbeitslosigkeit die Arbeitszeiten verlängert statt sie zu kürzen“, sagte Dreher. Für Schichtarbeiter sei die Rente mit 67 gleichzusetzen mit einer Verkürzung der Lebenszeit.

Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft Familienpolitik

Am 14. November 2006 trafen sich in Karlsruhe 9 Mitglieder von WASG und Linkspartei und 3 interessierte Nichtmitglieder zur Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft „Familienpolitik“. Anwesend waren auch die beiden Bundestagsabgeordneten Karin Binder und Jörn Wunderlich.

Peter Tholey, KV Karlsruhe und Mitglied des Landesvorstandes BaWü, begründet seine Initiative zur Installation einer überregionalen Arbeitsgruppe Familienpolitik damit, dass diesem Themengebiet von den Linken bisher zu wenig Gewicht verliehen worden sei. Die Familienpolitik der konservativen Parteien greife mit ihrem „klassischen“ Familienbild zu kurz und bediene auf Kosten der sozial Schwächeren die „gehobene Mittelschicht aufwärts“. Leben bereits heute schon viele Familien mit zwei und mehr Kindern an der Armutsgrenze, so bedeute Trennung und Scheidung für sie den sicheren Verlust der bürgerlichen Existenz. Die Familienpolitik müsse auf

den real existierenden gesellschaftlichen Verhältnissen des 21. Jahrhunderts aufsetzen und sozial gerechte Rahmenbedingungen schaffen.

Jörn Wunderlich, familienpolitischer Sprecher der Linksfraction, betont die Notwendigkeit eines verstärkten, parteiübergreifenden familienpolitischen Engagements. Die Familienpolitik müsse sich frei von Sachzwängen neu aufstellen, um den gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart gewachsen zu sein und geeignete Rahmenbedingungen für die Familie von heute und morgen zu schaffen. Es müsse wieder Sinn machen, Kinder in die Welt zu setzen und Kindern eine Zukunft zu geben. Karin Binder, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Bundestages, berichtet kurz über ihre bisherigen Aktivitäten im Bereich Frauen- und Familienpolitik. Sie begrüßt die Initiative von Peter Tholey und erklärt sich bereit, künftige Sitzungen der Arbeitsgruppe tatkräftig zu unterstützen. Die Zusammensetzung der Gruppe ist interdisziplinär und bietet somit gute Voraussetzungen für eine der Vielschichtigkeit der Thematik gewachsene, kompetente und erfolversprechende Zusammenarbeit. Am 4.12.2006 fand die zweite Sitzung der Arbeitsgruppe statt. Peter Tholey wurde zum Sprecher der Gruppe gewählt und Andreas Sonnenburg KV Pforzheim zu seinem Stellvertreter. Es folgte eine ausführliche Programmdiskussion. Die Gruppe trifft sich etwa alle drei Wochen, das nächste Treffen ist für die zweite Januarwoche geplant, der genaue Termin wird noch bekannt gegeben.

Peter Tholey

Die Bahn ist noch zu retten!

Der Bundestag hat zwar im November beschlossen, dass die Deutsche Bahn AG teilsprivatisiert werden soll. Doch aus dem *Soll* wird erst ein *Ist*, wenn ein Privatisierungsgesetz verabschiedet ist. Im März 2007 wird der Gesetzentwurf vorgelegt. Dann informieren wir die Bundestagsabgeordneten über Mängel und Gefahren. Mit dem Druck der Öffentlichkeit werben wir für eine bessere Bahn in öffentlicher Hand – denn 71 Prozent der Bevölkerung sind gegen eine Privatisierung der Bahn!



Kampagnenbüro Bahn für Alle
c/o Attac, Münchener Str. 48,
60329 Frankfurt/M.
Tel. 069-900 281 40
info@bahn-fuer-alle.de



Der Börsenbulle liegt am Boden: Die Bahn muss für alle und in öffentlichem Interesse fahren, nicht im Profitinteresse von Investoren.

Schon jetzt aktiv werden:

- Informationen unter www.bahn-fuer-alle.de abrufen und dort den Kampagnenrundbrief abonnieren, um dabei zu sein, wenn der Protest anläuft,
- als Gewerkschafterin oder Gewerkschafter unter www.bahn-fuer-alle.de/gewerkschaft gegen die Bahnprivatisierung protestieren,
- in örtlichen Gruppen – ob Gewerkschaft, WASG oder andere – eine Resolution gegen die Bahnprivatisierung beschließen und ans Kampagnenbüro schicken.

Das Bündnis „Bahn für Alle“ wird getragen von Attac, ROBIN WOOD, BUND, „Bürgerbahn statt Börsenbahn“, „Bahn von unten“, UMKEHRT, den Naturfreunden Deutschlands sowie dem VCD Brandenburg und setzt sich ein für eine verbesserte Bahn in öffentlicher Hand.

Foto: Mark Goltz

Steuerungsgruppe von WASG und Linkspartei in BaWü

1. Sitzung am 29.10.2006 in Stuttgart

Für die WASG BaWü nahmen teil: Hasso Ehinger, Franz Groll, Bernd Merling, Heinrich Müller, Bernd Riexinger, Claus Spohn und Biggi Ostmeyer (Steuerungsgruppe Bundesebene), Emanuel Peter. Entschuldigt: Annette Groth

Für die Linkspartei BaWü nahmen teil: Christoph Cornides, Jochen Dürr (in „Jobsharing“ mit Johannes M.), Elke Lison, Gregor Mohlberg, Reinhard Neudorfer, Simone Stein, Bernhard Strasdeit. Entschuldigt: Alfred Küstler, Johannes Müllerschön.

Am 29. Oktober trafen sich erstmals die Mitglieder der gemeinsamen Steuerungsgruppe von WASG und Linkspartei in Baden-Württemberg. Diese Arbeitsgruppe ist von jeder Seite jeweils besetzt mit 8 Mitgliedern und hat die Aufgabe, den Gang der Parteibildung bis zur Konstituierung des neuen Landesverbandes in Baden-Württemberg zu begleiten, für eine zukünftige Satzung und Finanzordnung Vorschläge vorzulegen und in den Landesgremien beider Parteien, den Kreisverbänden und Basisorganisationen einvernehmliche Regelungen vorzubereiten.

Beide Seiten wiesen nochmals auf das Angebot der Regionalkonferenz am 11.11. in Mannheim hin. Die breite politische Diskussion der Entwürfe für die Grundsatzdokumente in der Mitgliedschaft und mit Interessierten ist ein wichtiger Schritt.

Über folgende Punkte wurde Einverständnis erzielt:

1. Entsprechend der Handreichung der Parteivorstände sollen beide Landesvorstände bis spätestens 20.3.2007 ihren Rücktritt zum 16. Juni erklären und einvernehmlich einen Interimsvorstand bilden, der offiziell ab 17.6. tätig wird. Diese Rücktrittserklärung sowie alle anderen Vereinbarungen der Landesvorstände gelten immer vorbehaltlich der Beschlüsse der beiden Bundesparteitage vom 24./25. März 2007 und den Ergebnissen der Urabstimmung.

2. Einzige Aufgabe des Interimsvorstandes ist die Konstituierung des Landesverbandes „Die Linke“, d.h.: die Einberufung eines Landesparteitages und die Einberufung von Kreismitgliederversammlungen der neuen Partei. Es besteht der Wunsch, dass dieser Interimsvorstand nicht von jeweils drei bis fünf Mitgliedern, sondern aus beiden bis 16.6. amtierenden Landesvorständen gebildet wird.

3. Ebenfalls bis 20. März vereinbaren beide Landesvorstände Regeln über die Einberufung des Gründungsparteitages, über Mindestquoten der Vertretung in den neuen Gremien und über eine Kreisverbandsstruktur die Linke. in BaWü.

4. Für die Bildung der Gremien auf Kreisverbands- und Landesverbandsebene sowie für Delegiertenwahlen wird bis Januar eine Wahlordnung erarbeitet (verantwortlich: Bernhard und Barbara). Diese wird mit der Mitgliedschaft beraten.

5. Die Steuerungsgruppe schlägt für die Kreisebene vor: Die Kreisverbandsstruktur orientiert sich entsprechend der KV-Struktur der WASG an den Verwaltungsgrenzen der Kreise bzw. der kreisfreien Städte. Mehrere Kreise können sich entsprechend Satzung zu einem Kreisverband zusammenschließen. Zum 31.12. 2006 wird die Zahl der zahlenden Mitglieder in beiden Parteien festgestellt. Entsprechend des Mitgliederverhältnisses werden für die Wahl der Kreisvorstände und der Delegierten Mindestquoten für die bisher kleinere Partei festgestellt. Die jeweilige Minderheit (Herkunft kleinere Partei) kann (muss nicht) auf die Einhaltung des Quorums bestehen.

6. Der Gründungsparteitag der neuen Partei auf Landesebene beschließt über die Landessatzung, wählt die Gremien: Landesvorstand, Landesschiedskommission und Landesrevisionskommission sowie weitere beschlossene Gremien und

ggf. die Delegierten zum Bundesparteitag. Dafür wird ein Verhältnis von ehemaligen WASG- und Linkspartei-Mitgliedern festgelegt. Die Anwesenden halten 60% : 40% für ein denkbares Verhältnis für den ersten Landesvorstand. Für den geschäftsführenden Landesvorstand wurde ein Verhältnis 50%:50% vorgeschlagen. Das soll in beiden Landesvorständen weiter beraten werden.

7. Der Gründungsparteitag soll aus 200 Delegierten bestehen. Die Delegierten des Gründungsparteitages werden entsprechend Wahlordnung gewählt auf Kreismitgliederversammlungen der Linken. Der Interimsvorstand leistet Gewähr dafür, dass alle Mitglieder beider Parteien zu den Gründungsversammlungen auf Kreisebene eingeladen werden. Offen ist die Frage, ob die Kreisverbandsstruktur, die laut Satzung erst auf einem Landesparteitag festgelegt werden kann, für die Wahl der Delegierten zum Gründungs-Landesparteitag vom Interimsvorstand festgelegt werden kann.

8. Doppelmitglieder zum Stichtag 31.12. rechnen bei Quoren für Wahlen zur neuen Partei jeweils nur einmal. Die Zuordnung erfolgt in der Regel danach, in welche Partei der/die Betreffende zuerst eingetreten ist.

9. Für Satzungsfragen und Finanzordnung bildet die Steuerungsgruppe Untergruppen, die sich eng abstimmen. Bislang: Bernd M., Christoph C., Alfred K. (Finanzen) sowie Hasso E., Claus S., Simone S. Elke L.

10. Die nächste Sitzung der Steuerungsgruppe ist vereinbart auf Sonntag, 10. Dezember, um 10.30 h, Landesbüro Stuttgart, Marienstraße 3a.

Protokoll: Bernhard Strasdeit nach Absprache mit Franz Groll und Bernd Merling

2. Sitzung am 10.12.2006 in Stuttgart

Für die WASG BaWü nahmen teil: Hasso Ehinger, Franz Groll, Annette Groth, Bernd Merling, Heinrich Müller, Bernd Riexinger, Claus Spohn. Entschuldigt: Emanuel Peter.

Für die Linkspartei BaWü nahmen teil: Christoph Cornides, Alfred Küstler, Elke Lison, Reinhard Neudorfer, Bernhard Strasdeit. Entschuldigt: Gregor Mohlberg, Jochen Dürr, Simone Stein.

Am 10. Dezember trafen sich zum zweiten Mal die Mitglieder der gemeinsamen Steuerungsgruppe von WASG und Linkspartei in Baden-Württemberg. Zu Beginn berichtete Bernd Riexinger über den Bundesparteitag der WASG, Bernhard Strasdeit über den Bundesparteitag der Linkspartei. Die Steuerungsgruppe wertete beide Parteitage als eindeutigen Auftrag, den Parteibildungsprozess wie geplant fortzuführen und auf Landesebene umzusetzen. Elke Lison und Annette Groth berichteten vom Treffen der Landesvorstände/West am 3.12. in Berlin und erläuterten einige Korrekturen an der zentralen „Handreichung“ für die Landesebene.

Übergangsregelungen

Dann wurden offene parteirechtliche Fragen angesprochen, insbesondere die Legitimität der Vereinbarung auf Landesebene sowie die des Interimsvorstandes nach Rücktritt der beiden Landesvorstände. Es wurde darauf verwiesen, dass die vorgesehene Vereinbarung auf Landesebene, ausdrücklich auch der Rücktritt der Landesvorstände zum 16.6., nur vorbehaltlich der Beschlussfassung der Bundesparteitage am 24. und 25. März und der darauf folgenden Urabstimmung Gültigkeit hat. Laut Handreichung (IV.2) fassen die Bundesparteitage im März bestätigende Beschlüsse zu den auf Landesebene vereinbarten Verfahren. Der ab 16. Juni gewählte Bundesvorstand erkennt auf seiner ersten Sitzung die in der Vereinbarung genannten Landesvorstände an.

Geänderte Vorgaben der Bundesebene:

1. Die konstituierenden Landesparteitage der neuen Partei können stattfinden bis spätestens 31.10.2007 (Fristverlängerung laut Handreichung), damit ausreichend Zeit gegeben ist, in allen Kreisen vorher Kreismitgliederversammlungen abzuhalten und Delegierte für den ersten Landesparteitag zu wählen.

2. Ebenfalls neu: die Landesparteien können über Anzahl und Zusammensetzung des gemeinsamen Interims-Landesvorstands nach Bedarf selbst entscheiden und müssen sich nicht an die bisherige Begrenzung nach oben (3 bis 5 Personen) halten. Der Interimsvorstand muss in der Vereinbarung zwischen WASG und Linkspartei auf Landesebene bis zum 20.3. genannt werden und soll in der Zeit vom 17.6. (Gründungsparteitag) bis zum ersten Landesparteitag (spätestens 31.10.) die in der Handreichung genannten Aufgaben erfüllen.

3. Der Delegiertenschlüssel für den konstituierenden Landesparteitag 2007 ist entsprechend der vereinbarten Kreisverbandsstruktur ebenfalls Bestandteil der bis zum 20.3. auszuhandelnden Vereinbarung.

Einteilung der Kreise in BaWü

Laut zukünftiger Bundessatzung § 12 (1) gliedert sich die Partei „in Landesverbände. Die Gliederung entspricht der föderalen Länderstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Innerhalb der staatsrechtlichen Grenzen eines Bundeslandes gibt es nur einen Landesverband“

Dementsprechend der §13 (1): „Die Landesverbände gliedern sich in Kreisverbände.

§ 13 (2): Der Kreisverband kann die Mitglieder in einem Landkreis, in einer kreisfreien Stadt oder in mehreren territorial verbundenen Landkreisen und kreisfreien Städten umfassen. In Stadtstaaten sind abweichende Regelungen möglich.“

Die Steuerungsgruppe einigte sich daher darauf, die Kreisverbandsbildung der neuen Partei entlang der territorialen Grenzen der Landkreise und kreisfreien Städte entsprechend dem WASG-Modell zu vollziehen. Es gab Einvernehmen, dass Zwischenstrukturen (Bezirks- oder Regionalverbände) nicht zweckmäßig sind. Untergliederungen, wie Ortsverbände können laut Statut vom Kreisverband gebildet werden. Die Kreisstruktur ist Teil der bis 20. März zu schließenden Vereinbarung.

Die Kreisverbände können mehrere territorial verbundene Kreise umfassen, sollen aber die Verwaltungsgrenzen (Regierungsbezirk, Region) nicht überschreiten. Dies ist insbesondere mit Blick auf die Kommunal-, Regional- und Landtagswahlen 2009 geboten. Optimale Kreisverbandsstrukturen dienen der unmittelbaren Wahrnehmung der Mitgliederrechte und dem Aufbau starker Ortsgruppen. Über die Kreisstruktur entscheiden laut Bundessatzung § 13.3 Landesgremien im Einvernehmen mit den betroffenen Kreisverbänden. Die Linkspartei, die in Basisgruppen organisiert ist und bislang auf Landesebene kein Delegiertenprinzip praktiziert, will die Kreisstruktur auf einer Landesmitgliederversammlung am 17. März bestätigen.

Wo Unklarheiten und Änderungswünsche bestehen, werden die beiden Landesvorstände über den Zuschnitt der Kreisverbände bzw. über die Zuordnung der bisherigen Basisorganisationen der Linkspartei jeweils mit den Verantwortlichen vor Ort sprechen und Lösungen vorschlagen.

Ludwigsburg – Böblingen: Zuordnung der Linkspartei-Mitglieder?

Hohenlohe – Schwäbisch Hall: gemeinsamer KV?

Main-Tauber-Kreis: selbstständiger KV?

Heidenheim – Alb-Donau – Ulm: eigene KVs; statt bisher Regionalverband Linkspartei?

Ulm – Alb-Donau: gemeinsamer KV?

Biberach: eigener KV?

Karlsruhe – Karlsruhe-Land; gemeinsamer KV?

Baden-Baden – Raststatt, gemeinsamer KV?

Pforzheim – Enzkreis; gemeinsamer KV ?

Calw – Freudenstadt, gemeinsamer KV?

Heidelberg – Rhein-Neckar – Neckar-Odenwald: eigenständige KVs?

Main-Tauber: eigenständiger KV mit Kooperation Neckar-Odenwald?

Freiburg – Breisgau-Hochschwarzwald: eigene KVs?

Emmendingen: eigener KV?

Waldshut: eigener KV?

Rottweil – Schwarzwald-Baar – Tuttlingen: Zusammenlegungen oder extra?

Mitgliederstand

Der Mitgliederstand in beiden Parteien wird festgestellt per Stichtag am 31.12.2006. Maßgeblich – z.B. für den Delegiertenschlüssel – ist die Anzahl der Mitglieder laut Rechenschaftsbericht. Dabei sollte es sich um beitragszahlende Mitglieder handeln. Den Vorständen wird daher empfohlen, für die Begleichung ausstehender Mitgliedsbeiträge zu sorgen. In Ausnahme- bzw. Härtefällen kann die Beitragszahlung auf Antrag befristet ausgesetzt werden.

Zukünftige Gremien der Landespartei

Der Landesparteitag wählt den Landesvorstand, eine Landesschiedskommission und eine Landesfinanzrevisionskommission. Weitere Landesgremien sollen sein: der Landesfinanzrat sowie ein Landessausschuss.

Der Landesvorstand ist das politische Leitungsorgan auf Landesebene. Die Steuerungsgruppe hat sich nach Diskussion darauf verständigt, für die Größe des ersten zu wählenden Landesvorstandes 16 Mitglieder vorzuschlagen; ein Vorschlag von 20 (oder mehr) wurde nicht befürwortet. Für die Wahl zum ersten Landesvorstand soll es eine Quotierung nach Herkunft aus den bisherigen Parteien WASG und Linkspartei geben. Dies soll durch eine zu vereinbarende Wahlordnung ermöglicht werden. Mit Blick auf die Regelung für die Wahl zum ersten Bundesvorstand schlug die Linkspartei halbe/halbe vor. Die WASG-Seite schlägt eine Regelung 9:7 vor. Für den geschäftsführenden Vorstand wird einvernehmlich ein Verhältnis 3:3 vorgeschlagen. Diese Vorschläge für die Zusammensetzung des ersten Landesvorstandes sollen am 16.12. auf den getrennten Tagungen von Linkspartei und WASG beraten werden und die Ergebnisse dieser Beratungen am 14.1. nochmals in die Steuerungsgruppe eingebracht werden.

Landessausschuss: entsprechend dem Bundessausschuss auf Bundesebene schlägt die Steuerungsgruppe auf Landesebene einen Landessausschuss vor – als Landesorgan mit Konsultativ-, Kontroll-, und Initiativfunktion gegenüber dem Landesvorstand. Dort sind vertreten die Kreisvorstände, der Landesvorstand, der Jugendverband sowie landesweite Zusammenschlüsse.

Landesfinanzrat: der Landesfinanzrat, bestehend aus dem Landesschatzmeister und den Finanzverantwortlichen der Kreise, berät analog zum Bundesfinanzrat die Finanzen der Landespartei und hat dazu Initiativ- und Antragsrecht.

Landesfinanzen

Die beiden Landesschatzmeister Bernd Merling und Christoph Cornides berichten über die Vorgaben für eine Landesfinanzordnung. Der Einzug der Beiträge sowie die Verteilung der Finanzmittel auf die Kreise soll auf Landesebene gewährleistet und kontrolliert werden. Der Landesparteitag beschließt die Haushaltsplanung der Landespartei kann diese Aufgabe jedoch delegieren.

Veröffentlichung

Das Ergebnis der Beratung in der Steuerungsgruppe wird im Landesinfo veröffentlicht.

Protokoll: Bernhard Strasdeit nach Absprache mit Franz Groll.

DIE LINKE. PDS

Landesgeschäftsstelle

Linke.PDS Baden-Württemberg,
Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.
Tel (07 11) 24 10 45, Fax (07 11) 24 10 46
info@linkspartei-bw.de, www.linkspartei-bw.de
Geschäftszeiten: Mo, Mi, Do, Fr 14–18.30 h

Basisorganisationen und Kontakte

Böblingen

Ronny Schmidt, Goldäckerstr24, 71229 Leonberg,
Tel. 07152-28158, post@pds-sindelfingen.de

Bruchsal, Kraichgau-Hardt

Heinz Peter Schwertges, Blumenstraße 14, Zeu-
tern, 76698 Ubstadt-Weiher, Tel. 0 72 53-5 0116,
e-mail: bruchsal@linkspartei-bw.de.

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel: 07681-
23143. Email: emmendingen@linkspartei-bw.de.

Esslingen

Reinhold Riedel, Rotenackerstraße 122, 73732
Esslingen, Tel/Fax 07 11-3 18 07 60, e-mail: ess-
lingen@linkspartei-bw.de.

Filder-Nürtingen-Kirchheim/Teck

Jonas Scherr, Landhausstr. 18, 73061 Ebersbach,
Tel. 07163-4127, filder@linkspartei-bw.de

Freiburg

Linke.PDS Freiburg, Gregory Mohlberg, Oberer
Rieselfeldgraben 11, 79111 Freiburg, Tel.: (0761)
1 37 44 31, eMail: freiburg@linkspartei-bw.de.
www.pds-freiburg.de.

Geislingen

Jan Eckhoff, Talgraben 16, 73312 Geislingen, Tel:
07331/951026, Fax: 07331/306998, Tel: 0172-7
04 88 61, eMail: geislingen@linkspartei-bw.de

Göppingen

David Binder, Bergstr. 10, 73092 Heiningen,
Tel. 07161-71535. email: goeppingen@linkspar-
tei-bw.de

Heidelberg

Thorsten Kilian, Oberer Langerain 8, 69259
Wilhelmsfeld, eMail: kille-kilian@web.de Tel.
06220/913539

Heilbronn Unterland

Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Of-
fenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-
bw.de.

Karlsruhe

Linke.PDS, Bürgerstr. 7, 76133 Karlsruhe, Telefon
0721-9850713, Fax -9850714, email: info@pds-
karlsruhe.de.

Konstanz

Linkspartei.PDS Konstanz, c/o Jürgen Geiger, Tel:
(07531) 697 465, Fax: (07531) 95 85 27, Joseph-
Belli-Weg 5, 78467 Konstanz, eMail: pds-kons-
tanz@gmx.de, www.pds-ll-konstanz.de

Lörrach-Müllheim

Manfred Jannikoy, Schwarzwaldstr. 21, 79539
Lörrach, e-mail: loerrach@linkspartei-bw.de.

Ludwigsburg

Bodo Müller, Talallee 30, 71638 Ludwigsburg,
Tel. 07141-2421841, e-mail: ludwigsburg@links-
partei-bw.de

Mannheim

Steven Kunz, Paul-Gerhard-Str. 5, 68169 Mann-
heim, Postfach 121412, 68058 Mannheim, Tele-
fon 0621-3391735, Fax: -3363894, Info-Telefon:
0621-3364341, email: mannheim@linkspartei-
bw.de.

Neckar-Zabern

Isolde Nesper, Untere Kelterstr. 25, 71732 Tamm,
Tel.: 07141/6852804, IsoldeNesper@t-online.de
Ortenau

Karl-Martin Matt, Weidenstr. 30, 77871 Ren-
chen, Tel.: 07843-84146, druckwerkstatt-ren-
chen@t-online.de

Pforzheim

Franz Rumler, Maximilianstraße 96, 75172 Pforz-
heim, Telefon (0 72 31) 10 15 63, Fax (0 72 31)
46 88 93, info@Rumler-F.de

Ravensburg

Mirco Kolarczik, Ringgenburgstraße 18, 88213
Ravensburg, Tel. 0176-29324036, Mirco.Kolar-
czik@uni-konstanz.de

Rems-Murr

Reinhard Neudorfer, Fronackerstr. 18, 71332
Waiblingen, Tel. 07151-54806, Fax -563254.

Reutlingen

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, e-mail:
elson@swol.net

Schwäbisch Gmünd

Siegfried Pilbauer, Beurener Str. 9, 73540 Heu-
bach, Tel. 07173 - 403710
e-mail: schwaebischgmueund@linkspartei-bw.de.

Schwäbisch Hall – Hohenlohe

Jochen Dürr, Zur Hohen Waag 12, 74523 Schwä-
bisch Hall, Tel (07 91) 5 4118, Fax (07 91) 55178,
e-mail: schwaebischhall@linkspartei-bw.de.

Stuttgart

Christian Stähle, Kreisgeschäftsstelle, Senefelder
Str. 26, 70176 Stuttgart, Tel. 0711-520377, Fax
0711-6581782, eMail: c.staehle@linkspartei-
stuttgart.de, www.linkspartei-stuttgart.de.
Stuttgart-Ost: Roland Hägele, mobil 0160-
7985055, eMail: roland.h.aegele@web.de.
Stuttgart-West Dirk Hoerber; Tel. 0711-3514681,
eMail: Dhoerber@aol.com

Tübingen

Linkspartei Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074
Tübingen, Tel. 07071/993870, info@linkspartei-
tuebingen.de, www.linkspartei-tuebingen.de

Ulm

Linkspartei.PDS Ulm, c/o Andreas Rose, Ochsen-
steige 16/6, 89075 Ulm. Tel.: 0173 4075539.
ulm@linkspartei-bw.de, www.linkspartei-ulm.de

Weinheim

Carsten Labudda, Hölderlinstraße 4, 69469 Wein-
heim, Telefon/Fax: (0 62 01) 876758, e-mail:
weinheim@linkspartei-bw.de, www.linkspartei-
weinheim.de

Arbeitsgemeinschaften

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, Adresse s. Rems-Murr.

AG Betrieb und Gewerkschaften

Jochen Dürr, Adresse siehe Schwäbisch Hall

AG gegen Repression

Christoph Cornides, Wupperstr. 20, 68167 Mann-
heim, Telefon (06 21) 33 16 50.

AG Landespolitik

Dirk Hoerber, Griegstr. 13 B, 70195 Stuttgart, Tel.:
0711-3514681, e-Mail: Dhoerber@aol.com

Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Frederico Elwing, Post über Landesgeschäftsstel-
le, Tel.: (07071) 56 71 85, e-mail: mail@frederi-
co-elwing.de

Kommunistische AG

Jürgen Geiger, Adresse siehe Konstanz .

Landesarbeitsgemeinschaft Hochschulen

Christoph Rehm, Fasanenweg 2, 74918 Angel-
bachtal. Tel: 0171-1185135. email: crehm@sai.
uni-heidelberg.de. www.linke-hochschulgrup-
pen.de

Hochschulgruppen

Heidelberg

Die Linke.HSG HD, z.Hd. ZFB, Albert-Überle-
Straße 3-5, 69120 Heidelberg, Tel: 0170-1185135
(Christoph), eMail: crehm@sai.uni-heidelberg.de

Tübingen

[‘solid]-Hochschulgruppe, Linkes Forum, Am Lust-
nauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071/993870,
info@solid-tuebingen.de, www.solid-tuebingen.
de

Ulm

Ulm/Hochschulgruppe stuPDS, c/öAstA, Uni Ulm,
89069 Ulm. www.stupds.de, info@stupds.de

Jugendverband [‘solid]

Baden-Württemberg

[‘solid] – die linke jugend. Landesgeschäftsstelle
Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-3548
9342, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Landesvorstand

Postadresse: Linkspartei.PDS Landesvorstand,
Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart

Landessprecherin

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269,
e-mail: elson@swol.net

Landessprecher

Bernhard Strasdeit, Telefon: (07071)-21534, Mo-
bil: 0171-1268215, Fax: (07071)-23946,
e-mail: strasdeit@t-online.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o Linkspartei.
PDS Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart,
Telefon (0621)331650, Fax (0621) 331656,
e-mail: christoph.cornides@t-online.de

Spenden

Linke.PDS Baden-Württemberg

Postbank Stuttgart,
BLZ 600 100 70
Konto 289582700

Linke in Gemeinderäten

Karlsruhe

Niko Fostiropoulos, Die Linke., Haus der Frakti-
onen, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721-
386409, Fax 0721-386410, stadtrat@pds-karls-
ruhe.de.

Konstanz

Vera Hemm, PDS/Linke Liste, Gartenstr. 33,
78462 Konstanz

Stuttgart

Ulrike Küstler, Linke.PDS, Rathaus, Marktplatz 1,
70173 Stuttgart, Tel. 0711-2 62 99 51, Fax 0711-
2 62 99 52, ulrike.kuestler@stuttgart.de.
www.stuttgart.de/pds

Tübingen

TÜLL (Tübinger Linke/Linkspartei) in Gemeinderat
und Kreistag, Am Lustnauer Tor 4, 72070 Tübin-
gen, www.tuebingen-linke.de. Gerlinde Strasdeit
(Stadträtin) und Bernhard Strasdeit (Kreisrat),
Tel. 07071-21534, Fax: -23946, strasdeit@t-online.
de • Anton Brenner (Stadt- und Kreisrat), Tel.
07071-40450, Fax: -49992, Mail: Brenner-Tue-
bingen@t-online.de • Bernd Melchert (Stadtrat),
Tel. 07071/78689, Mail: bernd.melchert@walter-
ag.de • Edeltraud Horn-Metzger (Stadträtin),
Tel. 07071/23848, Traudel.Horn-Metzger@gmx.de

Mannheim

Gudrun Kuch, Linke Liste Mannheim, Tel: 0621/
293-9585 Fax: 0621/ 293-9595, Rathaus E 5,
68159Mannheim. Öffnungszeiten: Mo. 14–16
Uhr, Di.10–13 Uhr, Do. 13–16 Uhr. mail: gudrun.
kuch@mannheim.de



Landesbüro

Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit,
Landesbüro Baden-Württemberg,
Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 29 39 42
Email: info@wasg-bw.de

Kreisverbände und Kontakte

Baden-Baden/Rastatt

Dieter Hitscherich, 76532 Baden-Baden, 07221-991592, der.hit@web.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583/1451, herbert.wilzek@wasg-oberschwa-ben.de

Böblingen

Marko Neuwirth, 71065 Sindelfingen, 07031-286680, marko.neuwirth@web.de

Bodensee

Patrick Endres, 07544-969709, patrick.endres@wasg-bodensee.eu

Breisgau/Hochschwarzwald

Anton Wasmeier, 79379 Müllheim, 07631/748749, wasgmuellheim@yahoo.de

Calw/Freudenstadt

Rolf Eberhard, 72160 Horb-Talheim, 07486-45490, rolf137@web.de

Esslingen

Thomas Mitsch, 73249 Wernau, 07153/614699, mitsch.thomas@web.de

Freiburg/Emmendingen

Peer Villwock, 0761-1376277, info@wasg-freiburg.de

Göppingen

Herbert Eckhoff, 73312 Geislingen a.d.St., 07331/66520, herbert.eckhoff@t-online.de

Heidelberg/Rhein-Neckar

Heinrich Müller, 69226 Nußloch, 06224/16937, henri.mueller@t-online.de

Heidenheim

Hasan Cildir, 89522 Heidenheim, 07321-22 975, cildir.hasan@web.de

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de

Hohenlohe/Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, 74653 Künzelsau, 07940 – 799495, ErnstKern@gmx.de

Karlsruhe

Ute Gsöls-Puhl, 76227 Karlsruhe, 0721-9419352, gsoels-puhl@t-online.de

Konstanz

Angelika Böhl, 78464 Konstanz, 07531/50526, angelikaboehl@swol.net

Lörrach

Hans-Joachim Szmerlowski, 79650 Schopfheim, 07622/63027, ha.sz@t-online.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141/57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de

Main-Tauber

Markus May, 97877 Wertheim, 09348-640, may-media@t-online.de

Mannheim

Bernd Merling, 68199 Mannheim, 0621/4310265, asg-lv@merling.net

Neckar-Odenwald

Peter Kuschminder, 69437 Neckargerach, 06263/427867, p.kuschminder@web.de

Ortenau

Andrea Rummel, 77855 Achern, 07841-280138, tom-andi@t-online.de

Ostalb

Roland Hamm, 73431 Aalen, 07361-35945, roland.hamm@gmx.de

Pforzheim/Enz

Claus Spohn, 75177 Pforzheim, 07231/359230, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Christian Scheider, 88212 Ravensburg 0751-7688735, christian.scheider@o2online.de

Rems-Murr

Gabriele Grosse, 73630 Remshalden, 07151/271960, wasgkvgross@aol.com

Reutlingen

Heiko Körner, 72805 Lichtenstein, 07129/149855, heikoreutlingen@aol.com

Rottweil

Harald Hans, Wilfried Riek, 78628 Rottweil, harald-riek@lycos.de

Schwarzwald-Baar

Thomas Ruf, 78056 Villingen-Schwenningen, 07720-958022

Sigmaringen

Sonja Reinacher, 88367 Hohentengen, 07572 / 712045, sonja.reinacher@web.de

Stuttgart

Cuno Hägele, 70178 Stuttgart, 0711/6645426, cunohaegle@web.de

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg a.Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Tuttlingen

Norbert Brunner, 78665 Frittlingen, 07426/939929, norbbrunner@aol.com

Ulm/Alb-Donau

Stefan Pofahl, 89075 Ulm, 0731/50 94 543, stefan@pofahl.de

Waldshut

Simona Stöwer, 79736 Rickenbach, 07765/918187, simona.stoewer@web.de

Zollernalb

Xenia Berger, 72351 Geislingen, 07428/918244, xenia.berger@vera-cruz.net

Landesvorstand

Geschäftsführender Landesvorstand:

Bernd Riexinger, (Landessprecher), Stuttgart, Tel. 0711-639711, E-mail: B.Riexinger-Wahlalternative@web.de

Bernd Merling, Landesschatzmeister, Tel. 0621-4310265, asg-lv@merling.net

Franz Groll, Tel. 07056-2391, franz.groll@gmx.de

Annette Groth, Tel. 0711-6749810, info@annette-groth.de

Landesvorstand:

Claus Achenbach, Xenia Berger, Jürgen Gulden, Silvia Ofori, Dirk Spöri, Stefan Straub, Peter Tholey.

Kontoverbindung

WASG LV Baden-Württemberg

Kto-Nr.: 2066300

BLZ: 670 900 00

Volksbank Rhein-Neckar

www.wasg-bw.de

DIE LINKE.

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

c/o Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071/208810, Fax 07071/208812, info@heike-haensel.de, www.heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe
Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de .

Europabüro Tobias Pflüger

Hechinger Strasse 203, 72072 Tübingen
Email: mep-regionalbuero@tobias-pflueger.de
Tel: 07071-7956980, Fax: 07071-23946
homepages: www.tobias-pflueger.de,
www.pds-europa.de

Pressepost: E 43152
Linke.PDS/WASG Landesinfo
Baden-Württemberg

Veranstaltungen, Termine, Hinweise

■ Einladung zur Jahreshauptversammlung von [solid] – die linke Jugend in Baden-Württemberg Samstag, 6. Januar 2007, 11 Uhr, Stuttgart, Linkspartei Kreisgeschäftsstelle, Senefelderstr. 26

Die JHV bereitet die Neuformierung der Jugendverbandes im Bund und im Land vor. U.a. werden Delegierte zur Bundesversammlung und ein neuer Landesvorstand gewählt. Außerdem wird die Kooperation zwischen Jugendverband und Hochschulnetzwerk zu besprechen sein. Zusätzlich gilt es die Verankerung der Jugend in der Landessatzung der Linkspartei zu klären. Vorgesehene Tagesordnung: Begrüßung, Jahresbericht, Bericht zur Neuformierung der Partei und des Jugendverbandes, anschl. Diskussion, Diskussion und Beschlussfassung zu Jahresaktionsplan 2007 und Jahresfinanzplan 2007, Wahl der Delegierten, Wahl des Vorstandes. Teil der Mitgliederversammlung wird auch eine politische Aktion in der Stuttgarter Innenstadt sein sowie eine nächtliche Tour durch Stuttgart. Bitte meldet euch nach Möglichkeit in der Landesgeschäftsstelle an. Mail: info@solid-bw.de, Tel: 0721-35 48 93 41. Weitere Infos und Anfahrtsbeschreibung unter www.solid-bw.de

Der LandessprecherInnenrat [solid] – die linke Jugend in Baden-Württemberg

■ Landesgruppe Queer

Die Landes-AG wurde gegründet am 17.5.2006. Sprecher ist Christian Stähle, Daten siehe Kreisverband Stuttgart. Jeden 3. Sonntag im Monat findet ein Queer-Frühstück von 10.30 Uhr bis 15 Uhr. Statt. Nächstes Treffen der Arbeitsgruppe: am **Sonntag, den 21.1.2007**, im Anschluss an das Frühstück um 15 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle in Stuttgart.

■ Frauen in WASG und Linkspartei in Baden-Württemberg

Treffen am 1. Februar. Am 23. November hat sich die

Landesarbeitsgemeinschaft von WASG und Linkspartei „Frauenpolitik in der Neuen Linken“ gegründet. Bei der Themensammlung wurde klar, dass frau zu Frauenthememen wie Alleinerziehende, Rente, Frauenseminare, häusliche Gewalt usw. aktiv werden will, dass aber auch ganz deutlich die Wirkung unserer Parteien auf Frauen diskutiert und verbessert werden muss. Frauen sollen auf Podien, in Veröffentlichungen wie Flyern und Zeitungen einen höheren Stellenwert als bisher erhalten. Konkret gingen Vorschläge an den Landesvorstand der WASG, der diese auch beschlossen hat: – ein Flyer oder eine Postkarte zum 8. März 2007 Internationaler Frauentag – Angebot der Kinderbetreuung beim Landesparteitag der WASG am 27.1.2007 – beim Landesparteitag werden Präsidium, Antragsberatungskommission und Redeliste von Männern und Frauen zu gleichen Teilen besetzt. Einstimmig wurde beschlossen, die Landesarbeitsgemeinschaft „Frauenpolitik in der Neuen Linken“ als gemeinsames Projekt von Linkspartei und WASG zu starten und sich monatlich zu treffen. Nächster Termin: **Do., 1. Februar 2007 um 19 Uhr**, Landesbüro von Linkspartei und WASG, Stuttgart, Marienstrasse 3 A. Weitere Infos und Anmeldung bei Silvia Ofori, Lange Str. 31, 74523 Schwäbisch Hall, Tel. 0791-462471; email: Silvia.Ofori@t-online.de *Silvia Ofori*

■ Aufruf Demonstration gegen Berufsverbote 27.1.2007, Mannheim, 13 Uhr, Paradeplatz

Weg mit den Berufsverboten! Grundrechte verteidigen!

Zu Beginn des Jahres 2007 wird der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim in einer Berufungsverhandlung über das mittlerweile seit drei Jahren andauernde Berufsverbot gegen den Heidelberger Realschullehrer Michael Cszakóczy entscheiden. Seit Anfang des Jahres 2004 wird Cszakóczy aus politischen Gründen die Einstellung in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg verweigert. Im September 2005 hat sich Hessen dieser Maßnahme angeschlossen und Cszakóczy eine bereits zugesagte Stelle verweigert. Über mehr als 14 Jahre hinweg wird Cszakóczy vom Verfassungsschutz überwacht. Für das Berufsverbot ausschlaggebend war seine Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg, von der er nicht bereit war, sich zu distanzieren. Im Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe wird das Berufsverbot mit der Behauptung begründet, die Antifaschistische Initiative zeichne ein diffamierendes Bild unseres Staates. Dies wird vor allem mit der Feststellung der AIHD untermauert, zwischen Nationalsozialismus und BRD habe es Kontinuitäten gegeben. 74 Jahre nach

der Machtübertragung an die Nationalsozialisten wird damit sowohl Antifaschismus kriminalisiert als auch das Benennen der historischen Wahrheit bestraft.

Damit wird die grundrechtswidrige Berufsverbotspraxis der BRD aus den 70er Jahren wiederbelebt, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 1995 als Verstoß gegen Europäische Menschenrechtskonvention verurteilt hat. Wir protestieren gegen die staatliche Bespitzelung und Einschüchterung, die sich potentiell gegen alle emanzipatorischen und politisch unbequemen Bestrebungen richtet. Berufsverbote verstoßen gegen die Menschenrechte und schaffen ein Klima der politischen Einschüchterung.

Wir fordern die Einstellung und Rehabilitierung Michael Cszakóczy und die Abschaffung der gesetzlichen Grundlagen der Berufsverbote.

Es rufen auf: GEW Hessen, *GEW Baden-Württemberg, VVN/BdA, Rote Hilfe e.V., DGB Rhein-Neckar, Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD)*

■ Politischer Aschermittwoch in Stuttgart

Vorankündigung: Am **Mittwoch, 21. Februar** werden im Theaterhaus Stuttgart Katja Kipping und Ulrich Maurer auftreten. Mathias Richling ist angefragt.

Kein Material für den Infostand? – Diese Publikationen sind aktuell vorrätig und kurzfristig in der Stuttgarter Marienstraße 3A abholbar:			
In den Landesbüros der Parteien:		Im Wahlkreisbüro Ulrich Maurer (Publikationen der Fraktion)	
Flyer	Wir sind die Roten (Linkspartei.PDS)	Flugblatt A4	Armut hat Ursachen – Armut bekämpfen!
Dokumentation	Militärstandorte in Deutschland (GUE/NGL)	Flyer	Alternativen zur Steuerpolitik
Dokumentation	Cannabis und Straßenverkehr (Linkspartei)	Flyer	Für das Recht auf Generalstreik
Zeitung	Neue linke Nr. 3/2006 (WASG)	Flyer	Gegen die Rente mit 67
Plakate	get up, stand up. (Hochsch.gruppennetz.)	Flyer	8 Euro Mindestlohn
Schulungsmaterial	Arm trotz Arbeit? (ver.di)	Flyer	Mehrwertsteuererhöhung
Schulungsmaterial	In unsere Zukunft investieren (ver.di)	Zeitung	Klar 1: Die Regierung enteignet das Volk
		Zeitung	Klar 2: Ihr macht uns krank
		Zeitung	8 Euro Mindestlohn
		Schulungsmaterial	Kein Auskommen mit dem Einkommen

Kostenfrei bestellen
Clara, das Magazin der Fraktion DIE LINKE.
 Informativ gestaltet, erläutert Clara fünf Mal im Jahr mittels Hintergrundberichten, Interviews, Gastbeiträgen und Reportagen aus dem Inneren des Deutschen Bundestags die parlamentarischen Initiativen der Linken und debattiert aktuelle Themen von nationaler und internationaler Bedeutung. – Bestellung unter 030 / 22 75 11 70 oder auf www.linksfraktion.de.

"PDS International"
 ...mit Informationen für die PDS über das Wirken ausländischer linker Parteien und Bewegungen sowie eigenen Grundsatzpositionen zu internationalen Fragen. Bestellung unter 030 / 24 009-352 oder per eMail an fip@linkspartei.de.